

Der Heimatdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Rückblick auf unsere Arbeit. Von Ministerialrat Dr. Strahl. — Das Ergebnis der Genfer Natallagung. — Nationale Kultur und Weltkultur. Von Professor Dr. Walter Koch, M. d. N. — Europäische Wirtschaftsprobleme. Von Professor Dr. Fritz Jadow, Berlin.

In Kommission:
Zentralverlag
G. m. b. H., Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / jährlich 5,— Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Rückblick auf unsere Arbeit.

Das abgelaufene Jahr ist für die Reichszentrale für Heimatsdienst ein Zeitschnitt gewesen, der im Zeichen starker innerer Festigung und erfreulichen Fortschreitens gestanden hat. Auf allen Gebieten der Aufklärungsarbeit hat im wesentlichen unter Beibehaltung der erprobten und bewährten Methoden ein Ausbau und vor allem eine Intensivierung der Arbeit stattgefunden.

In besonders eindringlicher Weise sind die Fortschritte auf dem Gebiete der rednerischen Volksaufklärung, also im Veranstaltungs- und Vortragswesen, in Erscheinung getreten. Die amtlich festgestellten statistischen Zahlen mögen in dieser Hinsicht für sich sprechen. Darnach haben im vergangenen Winterhalbjahr nicht weniger als 62 Staatsbürgerliche Lehrgänge und 505 Staatspolitische Bildungstage stattgefunden. Auch im laufenden Winter zeigt sich eine erfreuliche Weiterentwicklung des Veranstaltungswesens. Sie drückt sich weniger in der Zahl der Veranstaltungen aus, die nicht zuletzt aus finanziellen Gründen von der Reichszentrale selbst enger begrenzt werden mußte, als hauptsächlich in der fast im ganzen Reiche festzustellenden nicht unwesentlichen Erhöhung der Teilnehmerziffern. Es mögen auch hier die einflussreichen Zahlen, dem Abschlußbericht vorgehend, erwähnt werden. Während sich im Jahre 1925 bei den sogenannten Wochenentagungen die Teilnehmerziffer auf durchschnittlich 100 stellte, ist sie im Jahre 1926 auf 155 gestiegen. Zu bemerken ist dabei, daß es sich bei diesen Vortragsveranstaltungen der Reichszentrale grundsätzlich um solche lebhaften Charakters handelt, die sich mit voller Absicht nicht an das breite Publikum wenden, sondern deren Wert gerade in der Zusammenfügung der Zuhörerschaft im wesentlichen aus geladenen Führerpersonalitäten des Veranstaltungssektors selbst und seiner Umgebung zu suchen ist. Die Besucherzahl der Staatsbürgerlichen Lehrgänge hat sich im vergangenen Jahre von durchschnittlich 300 im Jahre 1925 auf nahezu 400 gesteigert. Fast regelmäßig ist von den leitenden Kreisen des Tagungsortes der Wunsch nach baldiger Wiederholung der Veranstaltung geäußert worden. Auch das dankenswerte ausführliche Eingehen der Presse der verschiedensten Richtungen auf den Inhalt der Vorträge beweist, daß sich die Veranstaltungen der Reichszentrale mehr und mehr im ganzen Reiche eingebürgert und als ein nicht zu entbehrender Teil der politischen Erziehungsbearbeit erwiesen haben.

Bei diesen Veranstaltungen wurden die großen grundlegenden Fragen des deutschen Verfassungswesens, der deutschen Außenpolitik — und zwar diese sowohl nach der ausländischen, als auch deutschlandsförmlich theoretischen Seite wie nach der Seite der aktuellen praktischen Auswirkung hin —, ferner vor allem die Probleme der Wirtschaft- und Sozialpolitik in umfassender Weise, getragen von dem Willen zur Sachlichkeit und zur sachlichen Verständigung, behandelt. Die Zuhörerschaft setzte sich dabei aus Vertretern aller Parteirichtungen und Volksschichten zusammen. Trotzdem hat niemals die nachfolgende Aussprache den Charakter der Sachlichkeit verloren. Dieser Feststellung darf eine unzweifelhafte Beweisraft beigemessen werden dafür, daß die deutsche Öffentlichkeit, unbeschadet der parteipolitischen Überzeugung des einzelnen, für die objektive Unterrichtung über das politische Geschehen drinnen und draußen durchaus aufnahmefähig ist.

Die Reichszentrale für Heimatsdienst weiß, daß sie diese Erfolge in erster Linie den ausgezeichneten Leistungen ihrer Redner verdankt. Es ist mir daher ein Bedürfnis, allen den Vortragenden, die sich in so aufopfernder Weise in den Dienst der sachlichen Volksaufklärungsarbeit gestellt haben, die vielfach trotz harter Inanspruchnahme durch die eigenen Berufsgeschäfte die Mühe und Anstrengung weiter und unbequemer Fahrten nicht gescheut haben, deren geistiger Leistung wie politischer Einfachheit und sicherem Takt das Gelingen der Veranstaltungen zu danken ist, allem voran dem Herrn Reichsfänger, der durch seine Rede auf dem Staatsbürgerlichen Lehrgang in Essen die diesjährige Winterarbeit eingeleitet hat, den wärmsten und herzlichsten Dank auszusprechen.

Ganz besonders hat zu dem Gelingen der staatsbürgerlichen Lehrveranstaltungen die starke Unterstützung und Förderung der örtlichen Behörden beigetragen. Nur durch das Wohlwollen, das die Regierungen der Länder, das die Provinzialverwaltungen, die Kommunal- und Schulbehörden den Veranstaltungen der Reichszentrale entgegenbringen und durch die tatkräftige Unterstützung durch die Beamten- und Lehrerschaft, die Organisations- und die Presse, die weitblickend den Wert der Volksaufklärung erkannt haben, ist es möglich gewesen, die Veranstaltungen in dem Maße stattfinden zu lassen und ihnen die Resonanz zu geben, die sie tatsächlich überall gefunden haben.

Neben diesen Veranstaltungen, die sich ganz allgemein an die politische Führerschaft eines bestimmten Bezirks gewandt haben, haben, ähnlich wie in früheren Jahren, zahlreiche staatsbürgerliche Kurse für besondere Berufsgruppen stattgefunden. Es mögen hier hauptsächlich die Gewerkschaftsführerkonferenzen, die staatspolitischen Tagungen für die Lehrerschaft, verschiedentlich auch für die Berufsschullehrer, für Beamte und Bürgermeister und endlich für die Schutzpolizei genannt werden, die in einer ganzen Reihe von Orten stattgefunden haben. Außer diesen Veranstaltungen, die im wesentlichen auch nach außen hin als solche der Reichszentrale in Erscheinung getreten sind, hat die Reichszentrale den immer stärker an sie herangetretenen Wünschen von Organisationen aller Art, ihnen bei ihrem eigenen Vortragswesen Beistand zu leisten, nach Möglichkeit Rechnung getragen. Soweit es irgend durchführbar war, sind von der Reichszentrale auf Ansuchen für sachpolitische Veranstaltungen der freien Organisationen Redner, Material, hauptsächlich auch Vortragstexte und Lichtbilder zur Verfügung gestellt worden. Die genaue Statistik, die gerade in letzterer Hinsicht vorliegt, beweist, daß 6000 Lichtbildervorträge im vergangenen und 3200 Lichtbildervorträge im begonnenen Winter in den verschiedenen Vereinen und Ortsgruppen der großen Verbände mit dem Material der Reichszentrale für Heimatsdienst gehalten worden sind. Die Gesamtzahl der von der Reichszentrale in irgendwelcher Form geförderten Einzelvorträge in fremden Organisationen (also ausschließlich der obgenannten eigenen staatspolitischen Lehrgänge und Bildungstagungen) wird für das vergangene Jahr auf rund 25 000 errechnet. Dabei muß es die Reichszentrale selbst auch das härteste bedauern, daß sie aus finanziellen Gründen vielfach nicht in der Lage ist, durchaus förderungswerte Bestrebungen und Veranstaltungen in der gebotenen Weise zu unterstützen. Ein Ausbau der Arbeit der Reichszentrale gerade nach dieser Seite hin erscheint eine dringende Notwendigkeit.

Von gleicher Bedeutung wie das Vortragswesen erscheinen der Reichszentrale die Auswirkungen ihrer Schriftenverbreitung. Es würde zu weit führen, hier eine Aufzählung aller der Publikationen der Reichszentrale im vergangenen Jahre vorzunehmen. Das Mitteilungsblatt „Der Heimatsdienst“, das bei einer Gesamtauflage von 32 000 Exemplaren den 27 000 Vertrauensleuten regelmäßig zugeht und neben der Aufgabe, die Verbindung zwischen dem amtlichen Gerippe der Reichszentrale und ihrer weitverzweigten ehrenamtlichen Organisation herzustellen, der fortlaufenden Unterrichtung über die wichtigsten, vom Gesichtspunkte der Volksaufklärung zu behandelnden politischen Fragen dient, ist inhaltlich immer mehr ausgestaltet und den Bedürfnissen seiner Leserschaft angepaßt worden. Auch in den Kreisen des Auslandsdeutschtums und geht der „Heimatsdienst“ ständig mehr Beachtung zu finden und geht heute schon regelmäßig in die ganze Welt hinaus überall dahin, wo Stützpunkte deutschen Wesens vorhanden sind. Neuerdings wird der Versuch gemacht, den „Heimatsdienst“ auch über den Kreis der ihn unentgeltlich beziehenden ehrenamtlichen Vertrauensleute hinaus einem breiteren Publikum zugänglich zu machen: zahlreiche Abonnementbestellungen lassen darauf hoffen, daß auf diesem Wege noch manche bisher mit der Reichszentrale in keinem unmittelbaren Zusammenhang stehende Persönlichkeiten allmählich in den Kreis der aktiven Volksaufklärungsarbeit hineingezogen werden.

Daneben sollen die seit Jahren eingeführten, der Information über ein bestimmtes, meist mit der aktuellen politischen Entwicklung in Verbindung stehendes Sachgebiet dienenden und vor allem zu rednerischen Auswertungen bestimmten Richtlinien, die vor nicht allzu langer Zeit eine Ergänzung durch eine besondere auslandsfundliche und eine grenzlandsfundliche Reihe erhalten haben, künftig wieder in stärkerem Maße ausgegeben werden. Auch das Broschürenwesen, das sich in die in unregelmäßiger Folge erscheinenden aktuellen Flugschriften und in die nach einem systematischen Plane erscheinenden Lehrbroschüren über die elementarsten politischen Wissensgebiete gliedert, wird ständig erweitert und ausgebaut. Das gleiche gilt von den mit Erfolg eingeführten, für rednerisch regelmäßig tätige Vertrauensleute und Mitarbeiter bestimmten Rednerkarten, die laufend durch aktuelles Material ergänzt werden.

Ähnlich verhält es sich mit dem Lichtbildwesen. Auch auf diesem Gebiet ist die Reichszentrale bestrebt, das vorhandene umfangreiche Material, das vor allem von Deutschen Lichtbild-Dienst, G. m. b. H., zusammengebracht ist, durch ihre Mitarbeiter aktuell auf dem laufenden zu erhalten und für ihre politischen Vortragswende reihenweise zusammenzustellen. Die einzelnen Landesabteilungen sind im Besitz einer größeren Anzahl eigener Lichtbildreihen, die sich heute schon auf durchschnittlich 50 belaufen. Diese Zahl soll auch weiterhin erweitert werden.

Durch eine im vergangenen Jahr veranstaltete Rundfrage an den größten Teil der Druckschriftenempfänger hat die Reichszentrale für Heimatdienst sich einen Überblick über die Einschätzung ihrer Tätigkeit und ihres Materials zu beschaffen gesucht. Das Ergebnis dieser Umfrage war durchaus erfreulich. Der Inhalt der Antwortschriften hat durchweg in geradezu überwältigender Art Zustimmung und Anerkennung, ja man kann sagen ein begeistertes Lob der Arbeit der Reichszentrale gebracht. Diese Anerkennung gewinnt besonderen Wert dadurch, daß diejenigen, die sie aussprechen, fast alles Persönlichkeiten sind, deren Urteil durch ihre Stellung im öffentlichen Leben, in Organisationen und Behörden von wirklicher Bedeutung ist. Dankbar begrüßt

hat es auch die Reichszentrale, daß in diesen Äußerungen vielerlei Anregung für die praktische Arbeit geboten wird.

Die Reichszentrale für Heimatdienst ist sich von Unbegnügen ihrer Tätigkeit an stets dessen bewußt gewesen, daß der Erfolg einer parteipolitisch neutralen, sachlichen Aufklärungsarbeit über die großen Fragen der Staatspolitik davon abhängt, ob sich eine ausreichend große Zahl karibildender Männer und Frauen im ganzen Reich aus allen Volksschichten und Berufsgruppen tätig in den Dienst dieser gewaltigen Aufgabe stellt. Der Gedanke einer wahren Volksgemeinschaft, der zur Voraussetzung gegenseitiges Verleben wenigstens in den Grundfragen des Volks- und Staatslebens, also eine Abschwächung der inneren Gegensätze und Verschärfung der inneren Diszussion hat, läßt sich praktisch nur erfolgreich fördern, wenn die berufenen Führerpersönlichkeiten im großen und im kleinen sich mit voller eigener Verbekraft und stärkster Überzeugung dafür einsetzen. Die Reichszentrale für Heimatdienst glaubt durch die Entwicklung ihrer Tätigkeit, durch die Zustimmung und Unterstützung die sie durch so viel wertvolle einflußreiche und überzeugte Mitarbeiter überall gefunden hat, den Beweis innerer Gemeinschaft in weiten Kreisen des deutschen Volkes vorhanden ist und daß sich genug Kräfte finden und werden lassen, die bereit sind, sich für das Ziel innerer Konsolidation und Erklärung des deutschen Volkes, durch tatkräftiges Mitwirken an einer planmäßigen, realen und sachlichen Volkserklärung und Volkserziehung einzusetzen. Immer mehr bricht sich die Überzeugung Bahn, daß der Wiederaufrstieg Deutschlands nicht zuletzt von der Qualität des deutschen Staatsbürgers abhängt. Ja noch mehr. Auch im friedlichen Wertkampf der Völker um die Lösung der größten Kulturaufgaben der Menschheit wird das Volk die größten Leistungen aufweisen, das seine nationale Kultur auf den höchsten Stand zu bringen weiß. Nationales Kulturstreben jedoch ist heute aufs stärkste an den Staat gebunden. Der Staat aber wird am leistungsfähigsten sein, der den besten Staatsbürger heranzubilden vermag.

Ministerialrat Dr. Straßl,
Leiter der Reichszentrale für Heimatdienst.

Das Ergebnis der Genfer Ratstagung.

Drei Fragen haben die 45. Ratstagung des Völkerbundes, die vom 6. bis 12. Dezember 1926 stattgefunden und im übrigen nur noch wenig wichtigere Punkte geregelt oder behandelt hat, völlig überschattet: die Frage der Beendigung der Interalliierten Militärkontrolle, die Frage der in der vorigen Nummer des „Heimatdienstes“ auf ihre Vorgeschichte und Bedeutung untersuchten Völkerverbundkontrolle und die Frage der Räumung des Rheinlandes. Inzweifelhaft hat den Völkerverbund von diesen drei Fragen unmittelbar nur die zweite berührt, weil nach Artikel 215 des Versailler Vertrages ein Investigationsrecht des Völkerverbundes vorgesehen ist, dessen Ausübung Deutschland nach Unterzeichnung jenes Vertrages auch im Falle des Aufhörens der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission dulden muß. Schon im letzten Heft des „Heimatdienstes“ wurde darauf hingewiesen, daß das Investigationsprotokoll samt den Ausführungsbestimmungen, die der Völkerverbund im Herbst 1924 bzw. im Frühjahr 1925 ohne Beteiligung Deutschlands ausgearbeitet hatte, mit dem inzwischen erfolgten Beitritt Deutschlands zum Völkerverbund und seiner Stellung im Völkerverbund unvereinbar war und eine zeitgemäße Änderung notwendig machte. Ebenso wurde hier bereits ausgeführt, daß Völkerverbundkontrolle und Militärkontrolle in feinerlei Kaufzusammenhang stehen und daß, wenn die Voraussetzungen für die Beendigung der Militärkontrolle mit der Erfüllung unserer aus dem Versailler Vertrag herührenden Abrüstungsverpflichtungen gegeben seien, ein Investigationsrecht des Völkerverbundes nur für den Fall einer nachweislichen Verletzung anerkannt werden könne.

Nach diesem deutschen Standpunkt, der bei den Genfer Verhandlungen auch durchgedrungen ist, ist die Investigationsfrage vor dem Völkerverbunde wieder aufgerollt worden. Nachdem aber die Militärkontrolle aus Deutschland noch nicht ver-

schwunden ist und die Verhandlungen über ihre Beendigung gleichzeitig von der Botschafterkonferenz in Paris fortgesetzt wurden, war es unvermeidlich, daß die in Genf anwesenden Chefs der an der Pariser Zusammenkunft teilnehmenden Diplomaten außerhalb der Ratstagung mit den deutschen Delegierten auch diese Frage zu bereinigen wünschten. Da aber beide Fragen gleichzeitig mit der sogenannten Sicherheit Frankreichs zusammenhängen, die freilich nach der Konferenz von Locarno nicht mehr einseitig anerkannt werden kann, mußte logischerweise auch die Frage der Rheinlandräumung in die Verhandlungen immer wieder hineingebracht — möchte die deutsche Delegation auch bemüht sein, ihre Verquickung mit Investigations- und Militärkontrolle zu vermeiden, weil die Rheinlandräumung zwangsläufig einer der nächsten, wenn nicht der nächsten Ratstagung vorbehalten bleiben muß.

Infolge dieser Beschränkung ist es gelungen, in einer Zeitspanne von nur acht Tagen trotz drohender Sabotierung seitens der Pariser Botschafterkonferenz die Beendigung der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission auf den 31. Januar durchzusetzen und eine Interpretation der Investigationsbestimmungen zu vereinbaren, die für Deutschland nach Lage der Dinge erträglich ist. Hinsichtlich der Militärkontrolle ist nach dem von den Vertretern Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Englands, Italiens und Japans am 12. Dezember unterzeichneten Protokoll anerkannt worden, daß von den mehr als 100 fristigen Abrüstungsfragen zwischen Deutschland und den alliierten Kontrahenten des Versailler Vertrages nur über zwei Fragen keine Verständigung erzielt werden konnte. Aber diese beiden Fragen, drei östliche Festungen mit Königberg und die Ausfuhr von Kriegsmaterial betreffend, soll in Zukunft von Regierung zu Regierung diplomatisch weiterverhandelt werden; wobei bis zum Abschluß dieser Verhand-

lungen die beanstandeten Arbeiten an diesen Festungen aufgehoben und das Recht der Parteien auf Wahrung ihres Standpunktes eingestuft werden sollen, während über die Ausfuhr streitigen Kriegsmaterials bis zu ihrer endgültigen Regelung Bestimmungen nicht getroffen werden sind.

Durchlöcherter worden ist der deutsche Standpunkt in Punkt 5 des in Frage stehenden Protokolles, demzufolge vom Tage der Zurückziehung der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission aus Deutschland, also vom 31. Januar 1927 ab, Artikel 215 des Versailler Vertrages nach Maßgabe der gleich noch zu besprechenden Ratsbeschlüsse über die Völkerbunds-Inspektion Anwendung finden soll. Die unermessliche Vergrößerung von Militärkontrolle und Völkerbundkontrolle ist damit, so sehr sie von Deutschland bejährt worden ist, bis zu einem gewissen Grade durchgedrungen. Sehr erheblich ist dieser Sieg des französischen Standpunktes indes nicht. Gewiß können die beiden oben näherbezeichneten Streitpunkte, auch wenn sie bis zum 31. Januar noch ungelöst bleiben, vor den Völkerbundrat gebracht werden, um nach Danverbeides ausdrücklicher Erklärung vom 12. Dezember einem Schiedsgericht des Haager Gerichtshofes unterworfen zu werden. Das Entscheidende aber ist, daß Inspektionen zur Prüfung dieser Fragen seitens des Völkerbundes nicht möglich sind, so daß die von Deutschland immer bestrittene Ablösung der Militärkontrolle durch die Völkerbundkontrolle, worauf es ankommt, praktisch tatsächlich nicht eintritt. Dielmehr wird nach Punkt 5 des von den kontrahierenden Mächten vereinbarten Protokolles vom 12. Dezember 1926 für alle Fragen, die mit der Ausführung der bereits erteilten oder noch zu erteilenden Lösungen zusammenhängen, jede der bei der Botschafterkonferenz vertretenen Regierungen ihrer Berliner Botschaft einen technischen Sachverständigen attachieren können, der seinerseits mit den zuständigen deutschen Behörden wegen der Klärung rüchständiger Abrüstungsfragen verhandeln soll.

Besteht der deutsche Erfolg dieser zwar äußerhalb des Völkerbundes, aber doch während dessen Tagung auf Genfer Boden getroffenen Vereinbarungen in der bedingungslosen Zurückziehung der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission an einem bestimmten und sehr nahe bevorstehenden Termin, so ist er in der Inspektionsfrage in folgendem Punkte zu suchen: Bekanntlich war das Inspektionsprotokoll, verfaßt durch seine Ausführungsbestimmungen, besonders unerträglich für Deutschland durch die Erwähnung jener „ständigen Elemente“, die die Gefahr einer permanenten Militärkontrolle seitens des Völkerbundes als Fortsetzung der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission aufzulaufen ließ. Nach langwierigen Verhandlungen im Schoße des Völkerbundesrat ist es der deutschen Delegation nunmehr gelungen, dem Inspektionsprotokoll in bezug auf diese drohende Gefahr seine Schärfe zu nehmen. Nach dem amtlichen Communiqué, das am 12. Dezember über den einstimmigen Beschluß des Völkerbundes in der Inspektionsfrage veröffentlicht worden ist, kann von einer ständigen Militärkontrolle, sei es auch nur an bestimmten lokalen Punkten, nicht mehr die Rede sein. Im Gegenteil wird jetzt anerkannt, daß der Völkerbundrat nach Art. 215 mit Mehrheit zu beschließen hat, ob in einem besonderen Falle eine Inspektion nötig ist, und daß er danach Gegenstand und Grenze dieser Inspektion genau spezifizieren muß. Ausdrücklich wird weiterhin zugegeben, daß die Bestimmungen des Art. 215 auf die entmilitarisierte Rheinlandzone in gleicher Weise wie auf das übrige Deutschland anwendbar sind, und daß darum weder für diese Zone noch für andere Gebiete die Einrichtung einer besonderen Kontrolle durch permanente lokale Elemente, die berichtigten „Elementes stables“ (ständige Elemente), zulässig sein kann.

Dieser volle Sieg des deutschen Standpunktes wird erst durch den Nachsatz eingeschränkt, daß in der entmilitarisierten Rheinlandzone derartige in Art. 215 zwar nicht vorgesehene Elemente nur durch ein Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen eingerichtet werden können. Ist damit auch zugegeben, daß ein besonderes Abkommen mit Deutschland zur Erfüllung dieses französischen Lieblingswunsches nötig ist, so wird um dieses Abkommen zweifellos bei der Frage der endgültigen Räumung des Rheinlandes gefeilt bzw. gerungen werden müssen, wenn nicht, womöglich noch nach 1935, die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission im Rheinland

unter der Maste einer ständigen Völkerbundkommission, verschärft und verewigt, fortleben soll. Vorläufig ist diese Aussicht freilich nicht aktuell; es wird aber die Aufgabe der deutschen Regierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß sie auch bei den Verhandlungen über die Rheinlandräumung nicht aktuell wird. Bis dahin kann Deutschland mit der Verwirklichung der schon im vorigen Heft geforderten zeitgemäßen Abänderung des Inspektionsprotokolls, wie sie durch den Beschluß des Völkerbundes vom 11. Dezember erfolgt ist, zufrieden sein. Es ist dazu auch insofern berechtigt, als selbst jener Ehrenpunkt im Sinne der deutschen Forderungen entschieden worden ist, wonach die Angehörigen des der Inspektion unterliegenden Staates niemals Mitglieder einer Inspektionskommission des Völkerbundes sein dürfen. Befragt dies doch, positiv ausgedrückt, nicht mehr und nicht weniger, als daß Deutschland in seiner Eigenschaft als gleichberechtigte Ratsmacht nunmehr wenigstens an Inspektionskommissionen teilnehmen darf, die Nachforschungen in anderen Ländern, wie Österreich, Ungarn, Bulgarien, anstellen sollen.

Neben diesen Hauptfragen hat der Völkerbund an wesentlichen Punkten überdies noch den Termin der Abrüstungskonferenz erörtert, wobei Chamberlain und Scialoja trotz der wahrhaftig nicht im Eiltempo erfolgten Vorarbeiten mit Unterstützung Paul Boncour's vorüberfürter Einberufung warnten. Demnach wird in diesem Jahre wohl mit der Tagung weiterer Abrüstungskommissionen und Vorbereitungs-konferenzen, kaum aber mit dem Zustandekommen der großen Abrüstungskonferenz des Völkerbundes gerechnet werden können, obwohl erst deren Verlauf den Präzedenz bilden wird für die tatsächlichen Verdienste des Völkerbundes um die Erhaltung des Weltfriedens. Daß sich der Völkerbund dieser seiner Berufung als Hüter des Friedens und Hinderer künftiger Kriege bewußt ist, bewies die Debatte vom 8. Dezember über Artikel 11 und Artikel 16 der Völkerbundscharta sowie die Verhandlungen über das Datum einer Völkerbundskonferenz zur Kontrolle der privaten Herstellung von Kriegsmaterial, das für den Herbst dieses Jahres angesetzt worden ist.

Ausichtstreuer gestalteten sich die Verhandlungen über die fünftägige Weltwirtschaftskonferenz, für die Reichsminister Stresemann Bericht erstattete war. Nach einstimmiger Annahme seines Berichtes wurde am 8. Dezember beschlossen, daß diese Weltwirtschaftskonferenz auf den 4. Mai 1927 nach Genf einberufen werden und unter der Vorherrschaft des Präsidenten ihres Vorbereitungsausschusses, des früheren belgischen Ministerpräsidenten Theunis, tagen solle. In seiner Antwort auf diese Ernennung suchte Theunis die Aufgaben der fünftägigen Konferenz freilich auf die Gegenstände zu beschränken, die Aussicht auf internationale Vereinbarungen bieten würden. Man wird aber schon jetzt trotz dieser Einschränkung die Möglichkeit einer internationalen Aussprache über weltwirtschaftliche Fragen im Rahmen des Völkerbundes mit Rücksicht auf die davon zu erhoffende weitere Befriedigung Europas nur aufrichtig begrüßen können.

Bedauert werden muß, daß die Frage der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet noch anfänglich annehmbar erscheinenden Ansätzen zu einer Kompromißlösung abermals vertagt worden ist, weil Frankreich trotz des schon lange erkennbaren Wunsches des Völkerbundesrat auf endlich erfolgende Einigung den Wünschen der Saarbevölkerung nach Käferisierung des in Aussicht genommenen technischen Bahnstüches nicht nachzukommen gewillt war. Ebenso wurde die Vertagung der Arbeiten der Mandatskommission ausgesprochen, nachdem die noch ausstehenden Antwortnoten der Mandatsmächte auf die Vorschläge des Mandatsausschusses betreffs Anhörung von Antragstellern aus den Mandatsgebieten selbst nicht weniger abnehmend ausgefallen waren wie die bisherigen Antworten der kolonialen Hauptmächte. Künftiger verleißen dagegen die Verhandlungen über eine Völkerbundanleihe für Danzig, in deren Verlauf das warme Eintreten des Reichsministers Stresemann für die Notwendigkeit einer baldigen Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Danzig bemerkenswert war.

Die nach alledem befriedigend verlaufene Tagung des Völkerbundesrat's fand ihren besonders feierlichen Abschluß

durch die Antwortsreden der Nobelpreisträger Strefemann, Briand und Chamberlain auf den Glückwunsch, den Vorderwelle, der gegenwärtige Präsident des Völkerrates, in dessen Namen zum Ausruß gebracht hatte. Daß hierbei dem Vertreter Deutschlands in gleicher Weise wie dem Frankreichs und Englands in der ersten Ratstagung, an der Deutschland aktiven Anteil nahm, für die in den letzten Jahren geleistete Friedensarbeit aus dem Munde des sozialdemokratischen belgischen Außenministers und anerkannt bewährten Vermittlers bei den jenen beendigten Genfer Verhandlungen die Anerkennung des Völkerrates zuteil werden sollte, darf als symptomatisch gelten für das Ansehen, das sich die deutsche Außenpolitik und ihre Vertreter in der Welt erworben haben. Diese Feststellung berechtigt zu der Hoffnung, daß auf der nächsten Ratstagung die Frage der Rheinlandräumung, die diesmal in die Verhandlungen nur hineinspielt ohne sie voll beherrschen zu können, in denselben Geiste gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Vertrauens erörtert werden kann, in dem die Nobelpreisträger bei dieser 43. Ratstagung sprachen und gefeiert wurden.

Nationale Kultur und Weltkultur.

Von Prof. Dr. Walter Coeß, M. D. R.

Der Gegensatz von nationaler Kultur und Weltkultur ist unter den Einwirkungen des Weltkrieges und zuvor schon durch die Ausgestaltung des nationalen Bewußtseins in allen Ländern von neuem zu einem Problem geworden. Gerade in Deutschland ist nach dem Weltkrieg, begreiflicherweise, die Frage vielfach erhoben worden, ob wir uns nicht ganz auf die eigene Kultur stellen und auf die Welt verzichten sollten. Aber solchen Anschauungen liegt von Anfang an kein Jertum zugrunde, als ob sich nationale Kultur und Weltkultur im Leben der modernen Völker trennen ließen. Die geschichtliche Entwicklung hatte es seit Jahrhunderten mit sich gebracht, schon seit der Völkerverwanderung, daß die abendländlichen Nationen in einer großen Einheit ihres Lebens stehen, die durch vielfältige Kriege nicht zerstört werden konnte; zusammengewungen in einen Kulturkreis, sind sie politisch, wirtschaftlich und geistig miteinander untrennbar verbunden. Wenn auch die frühmittelalterliche Weltkultur seit dem 13. Jahrhundert durch nationale Kulturen abgelöst worden ist, so ist doch über ihnen allen ein Gemeinsames geblieben, das sich immer und immer wieder versichert hat, und das durch die Verheerungen und Kriege des modernen Lebens völlig untrennbar geworden ist.

Man wird deshalb freilich die Bedeutung der nationalen Kulturen noch nicht unterschätzen dürfen; sie sind der erste mögliche Anknüpfungspunkt kulturellen Lebens überhaupt. Die nationale Sprache ist Grundlage jeder höheren Kulturäußerung, und nur sie gewährleistet die unmittelbare Wiedergabe aller Empfindungen, nur sie ist imstande, ein Volk in allen seinen Teilen mit einer einheitlichen Kultur zu durchdringen. Selbst auf den Gebieten, wo internationaler Austausch uns als selbstverständlich gilt, auf den Gebieten der Kunst, der Literatur, der Wissenschaft, ist doch immer das individuelle nationale Werk die Vorbedingung für internationalen Austausch, und der Reichtum aller Kultur beruht in der Vielfaltigkeit, in der Spezialisierung, die nur die nationalen Kulturen heranzubringen vermögen, (sogar weil sie aus verschiedenen Sphären heraus, je nach der Natur des nationalen Temperamentes, der wirtschaftlichen und staatlichen Vorbedingungen, entstehen. Aber diese an sich unentbehrliche nationale Kultur an, Gegenwirkungen jeder Art. Der Austausch der Völker auf wirtschaftlichem Gebiete, der Wissensdrang der einzelnen über die Grenzen ihres örtlichen Lebens hinaus, auch der Wunsch nach Erkenntnis des Geistes jenseits der Grenzen führt zu einem Austausch auch auf kulturellem Gebiete. Dazu kommt das Sehnen der einzelnen ins Weite — sie wollen die Welt jenseits ihrer Landesgrenzen erforschen, sie wollen ein Bild der gesamten vorhandenen Welt in sich aufnehmen, ein ewiger Drang ins Übernatürliche hinaus wird gerade die stärksten Geister einer jeden Nation befehlen. Besonders Deutschland hat solche Geister immer von neuem befehen, und es ist dadurch unserm geistigen Leben zeitweise stärker der Zug des Kosmopolitischen als des Nationalen aufgedrängt worden.

Hier sehen die Dörwiler ein; sie gelten nicht nur der Gegenwart, sondern der gesamten deutschen Geschichte, als ob sie immer und immer wieder vom Drang nach Fremdem befehen gewesen sei und die nationalen Werte vernachlässigt habe. Man betrachtet unter solchem Gesichtswinkel sehr oft die deutsche Kaiserpolitik des Mittelalters als eine Verdingung deutscher Kräfte, man betrachtet so den Humanismus des beginnenden 16. Jahrhunderts, als ob er sich Fremdem jenseits untergeordnet habe, man empfindet die Aufnahme der französischen Kultur im 17. und 18. Jahrhundert geradezu als eine Knechtschaft gegenüber dem Ausland, man weist den Klassikern vor, daß sie zu stark an die Menschheit und zu wenig an das eigene Volk gedacht hätten, und man sucht in der Gegenwart alle internationalen Strömungen damit zu verächtlichen, daß sie Vernachlässigung, ja geradezu Schädigung des nationalen Lebens bedeuteten.

Es sei zuerst noch einmal festgesetzt: die Grundlage aller heutigen Kultur ist die Entwicklung nationaler Kulturen seit dem 13. Jahrhundert; die Höhe unserer heutigen Kultur beruht auf dieser

Entwicklung. Aber auch andere Ursachen wollen in gleicher Weise berücksichtigt werden. Alle nationalen Kulturen des Abendlandes sind aus der mittelalterlichen Weltkultur hervorgegangen und haben gewisse Erbeile dieser Weltkultur niemals verloren und niemals verlieren können. Zweitens ist auch während der Entfaltung der nationalen Kulturen der Austausch zwischen den einzelnen Völkern niemals zum Stillstand gekommen — jedes Volk des Abendlandes schuldet an irgendeiner Stelle und meist in immer neuen Fällen den anderen Dank für fruchtbar gewordene Einflüsse. Das sind geschichtliche Begebenheiten, aus denen notwendigerweise die nationalen Kulturen ihre bestimmten Gepräge bekommen haben; sie sind nämlich an keiner einzigen Stelle rein national, sondern immer zugleich auch international beeinflusst. Schon der gemeinsame Glaube, der den Vätern des Abendlandes eigen ist, dann die gemeinsamen Anfänge in Wissenschaft und Kunst, haben diesen internationalen Charakter in alle nationale Kultur hineingetragen.

Man wird kaum behaupten können, daß Deutschland wesentlich stärker als andere Nationen fremde Beeinträchtigungen in sich aufgenommen habe. Aber berüchtigt man, daß Deutschland ohne das Nachwirken antiker Überlieferung, sondern auf einer ganz primitiven Stufe in das abendländische Kulturleben eintrat, so wird man sofort verstehen, daß Frankreich, das niemals den Zusammenhang mit der antiken Kultur völlig verloren hatte, und ebenso Italien in ihrer Kultur der deutschen voran sein mußten. In der Tat fand in Frankreich und Italien schon innerhalb des Mittelalters neue Bewegungen, die dann das ganze Abendland durchdrangen, zuerst lebendig geworden. Und so hat Deutschland freiwillig von Italien höhere Kulturelemente empfangen, dann aber von Frankreich die Kulturbewegung des Minnefangs und der Gotik, später von Italien den Humanismus und die künstlerische Renaissance, dann im 17. und 18. Jahrhundert von höherstehende literarische und gesellschaftliche Kultur von Frankreich, im 18. Jahrhundert zudem die englisch-französische Aufklärung empfangen, und was das 19. Jahrhundert in Deutschland alles an fremden Einflüssen gebracht hat, zeigt vielleicht am stärksten unser künstlerisches Leben mit seinen vielfältigen Anteilen in Italien, Frankreich, England und Japan, und alles übrige Leben zeigt es ebenso. Aber man könnte, wie gesagt, das gleiche für alle andern europäischen Länder beweisen. Wir haben dem Ausland die Buchdruckerkunst, die Reformation, die Philosophie Kants, den Neuhumanismus unserer Klassiker, die wissenschaftlichen Methoden des 19. Jahrhunderts usw. usw. gekonnt und dadurch die Fremde auch uns gegenüber wiederum dienbar gemacht. Es ergibt sich ein geschichtliches Geleise aus allen diesen Tatsachen: die Völker des abendländischen Kulturkreises sind in einer solchen Weise miteinander verbunden, daß jeder wichtige geistige, künstlerische, wirtschaftliche, politische Fortschritt in kurzer Frist zu einem Gemeingut aller werden muß. Die Aufnahme fremder Kulturortes, die sogenannten Rezeptionen, sind ein Lebenselement des Kulturlebens überhaupt. Und daraus ergibt sich auch der weitere Satz, daß dieser Austausch und der damit zusammenhängende Wechsel der abendländischen Völker ein entscheidendes Element der Kulturförderung ist. In diesem kulturellen Austausch ruht eine gewaltige fruchtbarere Kraft, und wir haben infolgedessen nirgend mit isolierter nationaler Kultur zu rechnen, sondern überall mit dem Austausch, in den diese nationalen Kulturen hineingewungen sind. Die Isolierung einer nationalen Kultur, die Pflege nur ihres Lebens ist genau so unmöglich wie ein isolierter nationaler Handelsstaat. Jeder Versuch, derartiges herzustellen, ist sofort zum Scheitern bestimmt.

Die Vermehrung der Austauschmöglichkeiten in der modernen Zeit, die festen Bindungen durch den modernen Verkehr und durch die allgemeine Freizügigkeit haben die Bedeutung des geschichtlichen Geleises noch vermehrt: bisartig sondern alle neuen Einwirkungen durch die Welt. Der persönliche Verkehr der Künstler, der Gelehrten, der Wirtschaftler beschleunigte den Austausch, und im Zeitalter der Ausstellungen sucht eine jede Nation den anderen ihre Schätze zu

zeigen, damit auch dadurch der Austausch vermehrt werde. Und so entsteht durch diesen vermehrten Austausch ein internationales Gemeinheitsgefühl, das uns wiederum zurückzuführen scheint in die Zeiten einer Weltkultur, einer Überwindung also der nationalen Kulturen.

Aber was ist Weltkultur? Das Wort erscheint uns wie selbstverständlich, die Sache selber ist nicht leicht zu erklären. Ist Weltkultur die Addition der vorhandenen Nationalkulturen, oder ist sie ein Gebiet für sich? Wer ist ihr Träger, wenn die Nationen Träger ihrer eigenen Kulturen sind? Gibt es einen ausserwählten Kreis in allen Nationen, der sich zum Vertreter solcher Weltkultur macht? In Wahrheit ist Weltkultur sowohl die Gesamtheit aller nationalen Kulturen als auch jene Auswahl von Kulturleistungen, die über alle nationalen Schranken hinweg sich allgemeine Geltung erzwingen. Man könnte sagen: Homer, Plato, Aristoteles, Sokrates, Sophokles, Diodotus, Augustin, Dante, Leonardo, Michelangelo, Raffael, Dürer, Luther, Shakespears, Newton, Kopernikus, Molliere, Kant, Goethe usw. usw. — das ist Weltkultur. Aber auch tiefer hinunter gibt es unzählige Kleinere, was sich Weltgeltung erzwungen hat und zum Befrieden aller Nationen gebrät. Der allem aber ist es das große Schöpferische, das stets über die Nation hinausstrebt — wie es das allgemeine Menschliche zu erfassen sucht, so muß es sich auch die Menschheit als Publikum denken. Alle großen Religionen der Welt, das Christentum vor allem, sind deshalb universal gerichtet und gerade dadurch erfolgreich und voll von Werbekraft. Wo das Menschliche und Göttliche in seiner Tiefe erfasst wird, da fallen die Schranken der Nationen von selber, und es entsteht eine gemeinsame

höhere Sphäre aller Nationen. Da es zudem keiner Nation in Folge der Begrenztheit ihres Lebens gegeben ist, alle Kulturwerte herbeizubringen, so muß es irgendwo zu einer Vereinigung der Bestrebungen in einer höheren Einheit, in übernationaler Sphäre kommen. Die Weltkultur ist also eine Tatsache, genau so wie die nationalen Kulturen.

Jede Nation aber, die an den höchsten Werten der Menschheit teilnehmen will, muß die Beziehung zu dieser Weltkultur suchen. Wie die Weltkultur undenkbar ist ohne den Untergrund der nationalen Kulturen, so sind diese wiederum unvollendet ohne das Hineinwachsen in die Sphäre der Weltkultur. Es handelt sich also nicht um Gegensätze, sondern um notwendige Ergänzung. Um der nationalen Kultur willen die überationale Kultur bekämpfen, ist eine völlige Verkennung unierer kulturellen Lage und der Grundlagen weiteren Aufstiegs. Die deutsche Kultur ist durch Aufnahme fremden Gutes nicht wesentlich, höchstens oberflächlich, gebildeter, im ganzen aber viel mehr gestärkt und erweitert worden. Deutschlands Universalismus ist geradezu zu einer Grundlage seines geistigen Reichtums geworden. Solange die gesunde Kraft eines Volkes das fremde Lehrgut zu verarbeiten, ins eigene umzuformen vermag, sind Rezeptionen ungefährlicher, ganz abgesehen davon, daß keine Macht der Erde sie zu verhindern vermag. Im Wirtschaftlichen wie im Geistigen ist jeder Boykott vergeblich. Wer sich vor der Aufnahme fremden Kulturguts fürchtet, besitzt kein Vertrauen auf die eigene nationale Kraft. So möge man auch hier der Notwendigkeit unseres Daseins ruhig ins Auge blicken: von der nationalen Kultur freibe man furchtlos zur Weltkultur!

Europäische Wirtschaftsprobleme.

Von Professor Dr. Fritz Zadow, Berlin.

Im Gegensatz zu früheren Kriegen hat die Wirtschaft Europas nach dem Weltkrieg einen Aufschwung nicht genommen; sie ist sogar, über unfruchtbareren Stillstand hinaus, weit hinter den Vorkriegsstand zurückgeworfen worden. Nicht minder hat Europa politisch die härtesten und nachhaltigsten Einbußen erlitten. Das gilt ebenso wie in wirtschaftlicher Beziehung für den Innenzustand Europas und sein Verhältnis zu außereuropäischen Mächtegruppen. Ehemals nahezu Mittelpunkt der Welt und im Besitz aller Kräfte, hat der europäische Kontinent an weltpolitischer Geltung und innerer Kraft durch den Weltkrieg unendlich verloren. Das Verhängnisvolle dieser Tatsache liegt gerade in ihrer Doppelstellung; heute, wo Europa weltpolitischer Einfluß immer geringer wird, wo der weltpolitische Schwerpunkt sich immer mehr von Europa nach Asien, zum Atlantischen zum Stillen Ozean verschiebt, lastet auf Europa das Urteil, daß seine innenpolitische Konstellation so überaus verworren und desorganisiert ist. Noch empfindlicher jedoch äußern sich die entsprechenden Vorgänge in wirtschaftlicher Hinsicht, teils weil die materiellen Lebensinteressen besonders entscheidend sind, teils weil die politischen Vorgänge vielfach überhaupt erst in wirtschaftlichen Auswirkungen ihre eigentliche Wirkungskraft entfalten. Jedenfalls zeigt die Wirtschaft Europas das gleiche Bild wie jene politische Struktur und Weltstellung. Der Verlust bedeutender Welthandelstraditionen und ausschlaggebender Welthandelsströme paart sich auch hier entsprechend mit innereuropäischen Wirtschaftsschwierigkeiten.

Wenn man die letzten und zutiefst liegenden Ursachen der Wirtschaftsnöte feststellen will, muß man natürlich auf den Weltkrieg mit seinen unermesslichen Folgen in der Richtung politisch-wirtschaftlicher Desorganisation zurückgehen. Niemals aber wäre die europäische Wirtschaftsnöte so ungebürlich gewachsen, wenn nicht die Siegerstaaten durch ein aller poli-

tischen und wirtschaftlichen Vernunft widersprechendes Friedensdiktat die schon an sich schwer heimgeführte Wirtschaft des Kontinents noch schwereren Belastungen und Wirrnissen ausgesetzt hätten. Die Allmacht der Politik schien über die Wirtschaft gesetzt zu haben. Organische Wirtschaftseinheiten wurden auseinandergerissen, aus machtpolitischen Gründen den unterlegenen Staaten untragbare Lasten auferlegt und ihnen zunächst sogar die Gleichberechtigung im Handelsverkehr entzogen. Deutschland Wirtschaft erlitt die kräftigen Schädigungen. Da wichtige deutsche Rohstoffgebiete (oberbayerisches und saarländisches Kohlenrevier, elsass-lothringische Erzgruben, östliche Agrarprovinzen) Frankreich und Polen zugeteilt wurden, haben sich Deutschlands Exportmöglichkeiten bisher sehr gemindert und seine Einfuhren überaus erhöht. Infolge der langen Blockierung und Produktionsbehinderung hat Deutschland aufnahmefähige Absatzgebiete der übersee an andere Fabrikateure abtreten müssen, den südamerikanischen Markt an die Vereinigten Staaten von Amerika, den ostasiatischen Markt an Japan usw. So hatte sich Deutschlands Anteil am Welthandel im Jahre 1923 auf 42 v. H. des Standes vom Jahre 1913 gemindert.

Nächst dem Deutschen Reich hat wohl das kleine Deutsch-Ostereich am meisten unter den Folgen der Friedensdiktate zu leiden gehabt; es sei nur daran erinnert, daß es durch den Zerfall der Donaumonarchie in seinen Absatzmöglichkeiten außerordentlich beschränkt und dieser Beschränkung zufolge in seiner Lebensmöglichkeit überaus eingegrenzt worden ist. Wie soll auch ein Staat geistlich effizienter können, der mit einer industriestarken Millionenstadt als Metropole ein gering beduflertes und damit völlig unzulängliches Hinterland aufzuweisen hat! Jedenfalls haben beide Staaten, gleichgültig ob ähnliche oder verschiedene Ursachen vorliegen, ungefähr dieselben Wirtschaftsnot-, Inflation u. dgl. über sich ergehen lassen müssen. Und beide Staaten mußten erst zusammenbrechen, bevor man sich in den Siegerstaaten über das Unsinvolle jener Politik klar wurde, die der Grund der destruktiven Wirtschaftsereignisse war. Aber die aller Vernunft zuwider reglementierte Wirtschaft gewann noch mehr an Reaktionskraft und rächte sich auch an den Siegerstaaten! Alle mußten Lehrgeld zahlen, alle wurden in ihrer Prosperität auf schwerste getroffen. In allen Teilen Europas, nicht zuletzt in den neugebildeten oder umgebildeten Staaten zeigten sich die schwersten Krisen: Enges Kapitalmarkt, Kreditrestriktionen,

Niemand, als wer sich selbst verleugnet, ist wert zu herrschen, und kann herrschen. Goethe.

Dem klugen Schützen gleicht der höhere Mensch. Verfehlt dieser sein Ziel, so wendet er sich ab und sucht die Ursache seines Fehlschlusses in sich selbst.

Confucius.

Tiefstand des heimischen Konsums, Export-schwierigkeiten infolge der nationalen Marktzersplitterung und Zollabspernung. Daß sich die in den Friedensverträgen ausgefälligte Neuordnung Europas noch über die verhängnisvollen Wirkungen des Krieges hinaus derart zerstörend auswirken mußte, erhellt aus folgenden einfachen Zahlenbelegen: Vor dem Kriege gab es 26 europäische Staaten, 26 Zollgebiete und 13 Währungen; heute existieren 35 Staaten, 38 Zollgebiete und 27 Währungen! Die Zollgrenzen haben sich um etwa 7000 km vermehrt. Ohne jedoch diese Zersplitterung wenigstens in währungs- und zollpolitisch Hinsicht irgendwie auszugleichen, ohne die aus-einandergerissenen Wirtschaftsgebiete auch nur zu bescheidenen Gemeinschaften zusammenzufassen, liegen es alle zur Fortsetzung des Krieges auf wirtschaftlichem Gebiete kommen. Gerade die neuentstandenen Staaten taten alles, um die frühere Wirtschaftsstruktur Europas völlig zu zerlegen. In Verkennung der fundamentalsten Wirtschaftsgehalte glaubten sie neben ihrer politischen Selbständigkeit nur auch unbedingt eine Art nationalwirtschaftlicher Autarkie treiben zu müssen. Es entstand ein wirtschaftlicher Krieg aller gegen alle. Es entstand eine Variation des militärischen Wettlaufens, dessen Gefährlichkeit der Weltkrieg mit so eindringlicher Schärfe bewiesen hatte — das wirtschaftliche Wettlaufen. Auch hier der alte Satz: „Si vis pacem, para bellum.“ Jeder Staat veränderte der Welt seine wirtschaftsrechtlichen Absichten, betonte aber gleichzeitig, er könne auf Zollschutz nicht verzichten, solange die anderen nicht ein gleiches begähmen. Und da niemand den Anfang zu machen wagte, verkehrten alle im schärfsten Protektionismus. Die Folge war, daß einer sich immer mehr als der andere schließen zu müssen glaubte, aus Gründen der Positionssicherung und um auf die anderen einen Druck auszuüben. In wechselseitiger Steigerung erließ man Kampfzölle, Ein- und Ausfuhrverbote u. dgl. Soweit die innenpolitische Wirtschaftssituation Europas.

Wie schon anfangs erwähnt, ist Europas außenwirtschaftliche Lage, sein Verhältnis zu anderen Wirtschaftsmächten, nicht weniger ungünstig. Am deutlichsten offenbart sich dies in der Stellung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht: Der Anteil Europas am Gesamtweltumsatz (Ein- und Ausfuhr) ist von 1913 bis 1923 zurückgegangen von 62 v. H. auf 52 v. H., während alle anderen Kontinente ihre Einfuhr haben steigern können, Amerika von 20 auf 27 v. H., Asien von 10 auf 14 v. H., Afrika von 3,4 auf 3,8 v. H., Australien von 2,4 auf 3,1 v. H. Der Goldbestand Europas ist im Verhältnis zur Vorkriegszeit von 20,4 auf 13,1 Milliarden Goldmark gesunken. War Europa noch vor dem Kriege Gläubiger und Kapitalgeber der Welt, so ist es heute zum Schuldner der Überseeländer, in erster Linie der Vereinigten Staaten, geworden, denen Europa 50,3 Milliarden Goldmark schuldet.

Die Verschreibungen im Reichtum der Staaten und Staatengebiete finden ihren deutlichen Ausdruck darin, daß Europa vor dem Kriege 380 Milliarden Dollar, nach dem Kriege 255 Milliarden Dollar besaß, während der Reichtum der Vereinigten Staaten sich von 205 Milliarden auf 285 Milliarden Dollar erhöhte. Diese Beispiele liegen sich beliebig vermehren, beweisen aber schon zur Genüge, welche Tiefslage Europa besonders gegenüber den Vereinigten Staaten einnimmt. Das Bundesreich der 48 Staaten ist an Stelle Europas das Zentrum der Weltwirtschaft geworden; es ist der Weltgläubiger und Beherrscher der internationalen Währungsverhältnisse; seine gemaltige kapitalträchtige und rohstoffreiche Markteinheit kann industriell billiger produzieren als die Schuldnerstaaten, die ihm doch aus dem Überfluß ihrer Wirtschaft zahlen sollen. Die nordamerikanische Union kontrolliert heute etwa 71 v. H. der Rohölbestände, 56 v. H. der Baumwollproduktion, 54 v. H. der Kupferproduktion und 52 v. H. der Zinkterze.

Angesichts der vorstehend kurz angeführten Umstände hat man nicht zu Unrecht darauf hingewiesen, daß Europa bei

einer Fortdauer dieser Zustände immer mehr in seiner Konkurrenzfähigkeit zurückgeworfen und schließlich zu einem Kolonialgebiet der überseelichen Produktion werden müsse. Zweifellos drängt im Zeitalter der Weltwirtschaft alles nach wirtschaftlicher Konzentration. Zersplitterung bedeutet hier Rückgang oder Untergang, und nur große, unbegante Wirtschaftsgemeinschaft können sich behaupten. Konnte dieses Gesetz in der Vorkriegszeit nicht in dem Maße Anwendung finden wie heute, so hing das mit dem fehlen oder jener Umfänge zusammen, die erst der Weltkrieg für Europa geschaffen hat: völlige Marktzersplitterung, Armut und Verschuldung, Abbruch der Welthandelstraditionen, Verlust der politischen Weltmachtstellung usw.

Es kann im Hinblick auf die gesamte, überaus akute und offensichtliche Notlage Europas nicht wundernehmen, daß einschichtige Wirtschaftspolitik und Staatsmännern in fast allen Ländern Europas für die Abtete von Zollabspernung und Marktzersplitterung, für das Ziel einer Wirtschaftseinheit Europa eintreten. Auch in den Siegerstaaten ringt sich immer mehr die Erkenntnis der ökonomisch widerförmigen Gestaltung Europas durch. Die ersten Anfänge dieser Einsicht gehen bis auf das Jahr 1924 zurück, als man in den Londoner Verhandlungen die Reparationsfrage aus der Sphäre des Hoffes in die Sphäre der Verhängung hob und in dem Dawesplan die Zertümer der Reparationspolitik wenigstens einigermaßen auszugleichen versuchte. So wird in dem Dawesplan auch die handelspolitische Maxime aufgestellt, daß „der wirtschaftliche Wiederaufbau nur dann einen dauerhaften Erfolg haben wird, wenn man allgemein, auch bei den übrigen Völkern, gedeihliche Bedingungen für die Entfaltung des finanziellen und wirtschaftlichen Lebens schafft und den normalen Austausch der Güter wiederherstellt, von dem der Wohlstand und die Blüte aller abhängt.“ Heute, bereits im zweiten Jahr seiner Wirksamkeit, bricht sich unter maßgebenden Führern der Weltwirtschaft in steigendem Maße die Erkenntnis Bahn, daß die Daweszahlungen in der jetzigen und erst recht in der zukünftigen Höhe eine große Gefahr für den Weltmarkt bilden, und daß eine Revision des Dawesplans im Interesse aller unmittelbar beteiligten Staaten zu fordern sei. Überhaupt ist man gegenwärtig auf dem besten Wege, die Notwendigkeit normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Völkern und ihre überragende Wichtigkeit für die politische Zukunft der Völker anzuerkennen. In der Tat neigt heute die Weltmeinung und vor allem die europäische Meinung überwiegend dem Gedanken zu, daß die politische Verhängung zwischen den einstigen Gegnern und die Sicherung des zwischenstaatlichen Friedens sich am ehesten und am nachhaltigsten verwirklichen ließe, wenn die führenden Politiker sich entschließen würden, die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Notwendigkeiten als den wichtigsten Komplex der ihrer Lösung harrenden Fragen anzusehen.

Es hat, insbesondere im Verlauf des Jahres 1926, nicht gefehlt an großen allgemeinen Kundgebungen und anderen Ereignissen, die mit besonderer Einbringlichkeit die europäische Wirtschaftsproblematik in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt und auch selbst zum Ziel Wesentliches zu der propagandistischen und praktischen Vorbereitung einer geordneten Wirtschaftsgestaltung Europas geleistet haben. Hierher gehört:

1. die Gründung des „Europäischen Zollvereins E. D.“ in Berlin (27. August);
2. der Abschluß des Vertrages über das westeuropäische Stahlkartell in Brüssel (30. September);

Man muß, wenn einem ein Recht vorenthalten wird, kämpfen und nicht nachgeben, das ist eine sittliche Pflicht. Ihering.

Wer zuviel Fremdes begehrt, der stirbt an Übermut; wer sich das Eigene ungestraft rauben läßt, der stirbt an Entehrung. Beide Tode sind sicher und schmerzlich.

E. M. Arndt.

3. die Veröffentlichung des Internationalen Wirtschaftsmanifests (18. Oktober);
4. die Tagung der Internationalen Handelskammer in Paris (20. Oktober);
5. die Tagung der Kommission zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz in Genf (18. bis 19. November).

Es ist natürlich müßig und sachlich auch kaum durchführbar, über die Bedeutung und Tragweite dieser Ereignisse einzeln zu entscheiden. Man muß sich begnügen mit einer Abschätzung im wertenden Urteil hüten. Namentlich das Wirtschaftsmanifest darf hinsichtlich seines sachlichen Gehalts wie seiner spezifischen Ideenwirkung nicht allzu positiv bewertet werden. Man hat nicht mit Unrecht gesagt, daß der Hauptwert des Manifests in der Tatsache der Manifestierung überhaupt begründet sei, was verständlich erscheint im Hinblick darauf, daß es von 185 Wirtschaftsführern aus 16 Ländern unterzeichnet worden ist.

Bei dem „Europäischen Zollverein“ handelt es sich um eine private Vereinigung, die als deutsche Sektion einer auf internationaler Basis stehenden Organisation gedacht ist. Das internationale vorbereitende Komitee zeigt Unterschriften wie Norman Angell (London), Prof. Charles Gide (Paris), Prof. Dr. Ludwig Stein (Berlin), Prof. Anton van Gijnjn (Haag), Staatssekretär Dr. Elmer Santos (Budapest) u. a. Das Ziel des Vereins ist die Förderung „aller Bestrebungen, die auf die Erweiterung und Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Einzelgebiete Europas gerichtet sind“. Weiter heißt es in seinem Werbeauftrag: „Europäer! Aufrechterhaltung der Zölle, einseitige protektionistische Machtpolitik bedeutet: 1. Teuerung; 2. Teuerung bringt Kaufkraftabnahme; 3. Kaufkraftabnahme bedeutet Abfahrsbeschränkung; 4. Abfahrsbeschränkung zwingt zur Produktionseinschränkung; 5. Produktionseinschränkung ergibt Armut und Elend! Gegenföhrer Abbau der Zölle bedeutet: 1. Verbilligung; 2. Verbilligung schafft erhöhte Kaufkraft; 3. Erhöhte Kaufkraft bedeutet Abfaherweiterung; 4. Abfaherweiterung zwingt zur Produktionserhöhung; 5. Produktionserhöhung ergibt erhöhten Wohlstand und Reichtum.“ Die Erfolgsmöglichkeiten des Vereins sind natürlich heute noch nicht abzusehen.

Die Internationale Handelskammer, der seit einem Jahre auch Deutschland angehört, erklärte die Idee ihrer Politik für identisch mit denen des Manifests; sie besaßte sich aber auch sonst in einer Denkschrift eingehend mit der Problemstellung der europäischen Wirtschaftsverbändigung und stellte ihre Arbeit demzufolge in den Vorbereitungsdiens für die Weltwirtschaftskonferenz.

Die Bedeutung des westeuropäischen Stahlkartells liegt vor allem darin, daß es die europäische Wirtschaftsunion in partieller Weise antizipiert und die zur Verwirklichung des europäischen Wirtschaftszusammenchlusses allgemein für notwendig erachtete Vorbedingung der deutsch-französischen Wirtschaftsverbindigung wesentlich fördert. (Frankreich und Deutschland, die beiden am dichtesten besiedelten und stärksten Industriestaaten des Kontinents würden bei wirtschaftlicher Zusammenarbeit die europäische Wirtschaftspolitik mittels ihres politisch-wirtschaftlichen Schweregewichts in ihrem Sinne lenken können.)

Die Genfer Tagung der Vorbereitungs-kommission für die Weltwirtschaftskonferenz kann selbstverständlich noch keine unmittelbare Wirkung zeitigen, gestättet aber zuverlässig die Rückchlüsse auf die für den 4. Mai 1927 in Genf angelegte Weltwirtschaftskonferenz. Der Plan der Weltwirtschaftskonferenz geht auf Loucheur, den ehemaligen französischen Handelsminister und Delegierten Frankreichs zum Völkerverbund, zurück. Schon vor einem Jahre hatte er der Völkerverbundsversammlung den Plan einer vom Völkerverbund getragenen Wirtschaftskonferenz vorgelegt, worauf der Völkerverbandsrat diesem Plan zustimmte und im April d. J. erstmalig eine vorbereitende Konferenz nach Genf einberief. Im September wurde während der Völkerverbundsversammlung weiter über die Angelegenheit verhandelt und die endgültige Vorbereitungsarbeit in die Wege geleitet. Zu derselben Zeit (am 21. September) hielt Loucheur, und zwar in seiner

Eigenschaft als Vertreter der französischen Delegation, eine sehr bedeutsame Rede, indem er in freimütiger und vorurteilsfreier Weise über die europäische Wirtschaft sprach; u. a. wies er darauf hin, daß die Zerstörer der Nachkriegszeit, wie die Zerstückung wirtschaftlicher Zusammenhänge, die Schaffung unorganischer Grenzen und die gesamten Handelserleichterungen Ursache der Weltkrise seien; er fügte hinzu, er wies sich als Anhänger der von Dr. Stresemann in seiner Eintrittsrede vertretenen Auffassung, daß der Weg zur Gesundung der Welt nur über den Abbau jener Hindernisse führen könne, die unter Misachtung und Verletzung aller wirtschaftlichen Notwendigkeiten in einer Atmosphäre errichtet worden seien, die nur aus der verzerrten und verwirrten Mentalität der Kriegszeit zu verstehen sei. — In der zweiten Novemberhälfte wurde sodann von den drei Hauptauschüssen der Vorbereitungs-kommission die Sichtung und Auswahl des vorliegenden Materials durchgeführt und schließlich der Programmtext fertiggestellt. Nach ihm gliedert sich das Programm in drei Teile: in einen allgemeinen Teil, in einen Teil über Handel und Industrie und in einen Teil über Landwirtschaft. Die heute so wichtigen und oft besprochenen Fragen der Handels- und Zollpolitik stehen dabei im Vordergrund. Nach dem Vorbild der Brüsseler Finanzkonferenz soll die Wirtschaftskonferenz mit Sachverständigen besetzt werden, die von den einzelnen Regierungen zu ernennen sind. Jedoch soll es sich nur um eine reine Sachverständigenkonferenz und nicht etwa um eine Regierungskonferenz handeln. Jeder Mitgliedsstaat des Völkerverbundes und jeder andere Staat, der eine Bedeutung im internationalen Wirtschaftsleben hat, darf fünf Sachverständige ernennen; die also nicht amtliche Regierungsdelegierte sein sollen. Im übrigen hat der Völkerverbund das Recht, seinerseits ergänzende Ernennungen vorzunehmen. Die Wirtschaftskonferenz soll nicht einmaliges Ereignis sein, sondern einzelne Phasen einer zusammenhängenden Arbeit. Die Erfolgsaussichten der Konferenz sind dadurch in gewisser Weise garantiert, daß der Völkerverbund an ihrem Gelingen das größte Interesse hat, weil er für weit politische Kreise aller Länder seine Existenznotwendigkeit noch erbringen muß und dies auf wirtschaftlichem Gebiet am besten vermag. Dennoch darf man von ihr nicht allzuviel erwarten, zumal sie keine bindenden Beschlüsse und Abkommen zwischen den einzelnen Ländern, sondern nur Empfehlungen zeitigen kann (nicht amtlich!). Ihr Hauptziel wird daher sein, Klärung und Aufklärung hinsichtlich der verschiedenen Wirtschaftsprobleme zu bringen und vor allem der öffentlichen Weltmeinung zu der Erkenntnis zu verhelfen, daß ein füreinander der wirtschaftlichen Kräfte mehr Vorteile bietet als ein Gegeneinander. Von den beteiligten Staaten sind Deutschland und Frankreich am meisten an der Konferenz interessiert, von den großen Wirtschaftsgruppen überhaupt der europäischen Kontinente. England, Rußland, die englischen Dominien, die Vereinigten Staaten, die südamerikanischen Staaten und Japan haben mehr oder weniger nur Spezialinteressen an der Konferenz; sind sie doch zum größeren Teil wirtschaftlich günstig situiert und relativ unberührt von den schädigenden Wirkungen des Krieges. Daher wird die europäische Wirtschaft (und wahrscheinlich nur die streng kontinentale) den eigentlichen Verhandlungsgegenstand der Konferenz bilden.

Wenn man den großen Fragenkomplex der europäischen Wirtschaftsnote überhaut, so bleibt überall die Feststellung bestehen, daß es noch gute Weile haben wird, ehe Europa aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauskommt. Denn die Schwierigkeiten, die einer Angleichung und Zusammenfassung der europäischen Einzelwirtschaften entgegenstehen, sind außergewöhnlich große. Noch muß der Widerstand weitestgehend politischer und wirtschaftlicher Kreise in allen Teilen Europas überwunden werden; noch fehlt es vielfach am ehrlichen Willen zu wirtschaftlicher Solidarität. Von den sachlichen Schwierigkeiten ganz zu schweigen!

Aber trotz alledem ist unübersehbar: überall in Europa sind Kräfte am Werk, die auf eine Wirtschaftsverbändigung hinarbeiten und auf das große Ziel, das letzten Endes allen Beteiligten vorsteht — der europäischen Wirtschaft wieder zu ihrer alten, in Kriegs- und Nachkriegsjahren verlorengegangenen Geltung im Rahmen der Weltwirtschaft zu verhelfen.

Der Finanzausgleich.

Die Probleme des Finanzausgleichs erwachsen daraus, daß regelmäßig nicht nur ein einziger öffentlich-rechtlicher Verband — der Staat — vorhanden ist, der sämtliche öffentliche Zwecke erfüllt, sondern daß mehrere öffentlich-rechtliche Verbände — neben dem Staat die Provinz, der Bezirk, die Gemeinde usw. — vorhanden sind, die öffentliche Aufgaben zu erfüllen haben.

Die Erfüllung dieser öffentlichen Aufgaben setzt die Verfügung über die nötigen Geldmittel voraus, die sich der Staat und die übrigen öffentlich-rechtlichen Verbände heute überwiegend dadurch verschaffen, daß sie von den Privatwirtschaftlichen Steuern erheben. Durch das Nebeneinanderbestehen mehrerer öffentlich-rechtlicher Verbände entsteht die Notwendigkeit, auf der einen Seite den einzelnen Verbänden die öffentlichen Aufgaben zuweisen, auf der anderen Seite die von ihnen zu erfüllenden Aufgaben dem einzelnen Staat untergeordneten Verbänden, in erster Linie den Gemeinden, gegenüber, komplizieren sich die Probleme dort, wo ein öffentlich-rechtlicher Verband (Zentralstaat) andere öffentlich-rechtliche Verbände umschließt, die gleichfalls staatlichen Charakter besitzen (Einzelstaaten, Gliedstaaten, d. h. im Bundesstaat oder im Staatenbund). Die besonderen Schwierigkeiten, auf die in Deutschland eine befriedigende Lösung des Finanzausgleichs von jeher gestoßen ist und auch heute zum Teil noch stoßt, ergeben sich zum größten Teil daraus, daß in Deutschland die Entwicklung zur nationalen Einheit nicht wie in anderen Ländern auch zum Einheitsstaat geführt hat.

Die Lösung, die das Problem des Finanzausgleichs im Deutschen Reich von 1871 fand, läßt sich kurz dahin charakterisieren: Das Reich war, wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich auf die Besteuerung des Verkehrs und des Verbrauchs beschränkt, die Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen, also die sogenannten „direkten“ Steuern, waren den Bundesstaaten und den Gemeinden vorbehalten. Soweit das Reich mit seinen eigenen Steuereinnahmen nicht auskam, erhob es von den Bundesstaaten Matrixalbeiträge. Die Verwaltung der zugunsten des Reichs erhobenen Zölle, Verbrauchssteuern und Verkehrssteuern lag bei den Bundesstaaten, die einen gewissen Prozentsatz der erhobenen Beträge als Entgelt für die ihnen ersprochenen Verwaltungskosten einbehielten. Der Umstand, daß der Aufgabenzweck und damit der Finanzbedarf des Reichs verhältnismäßig rascher wuchs als der der Länder und Gemeinden, führte zu härterer Anspannung der Belastung von Verkehr und Verkehr, während die Besteuerung von Einkommen und Vermögen nicht in gleichem Maße ausgebaut wurde. Erst nach 1900 begann der wachsende Finanzbedarf das Reich zu dem haarscharfsten, fast zulässigen Übergang zu unmittelbarer Besteuerung von Einkommen und Vermögen durch Einführung einer Reichserbschaftsteuer, einer Wertzuwachssteuer und des Mehrertrags von 1913.

Während des Krieges erfasste das Reich die aus der Kriegswirtschaft sich ergebenden Gewinne durch außerordentliche Kriegssteuern und baute gleichzeitig die Besteuerung von Verkehr und Verbrauch aus. Die dauernden Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen verblieben jedoch den Ländern. — Die große Finanzreform der Jahre 1919/20, die mit dem Namen des Reichsfinanzministers Erberger verknüpft ist, stellte die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf völlig neue Grundlage. — Entscheidend bestimmt wird diese Änderung dadurch, daß die großen Steuern vom Einkommen und Vermögen, insbesondere die Einkommensteuer, zum Reich übernommen wurden, und daß für die Verwaltung der gesamten Einkommen des Reichs ein eigenes Reichsfinanzverwaltung geschaffen wurde. Den Ländern und Gemeinden verblieben die sogenannten Realsteuern (Grundsteuer, Gebäudesteuer, Gewerbesteuer). Da jedoch die wesentlichen Aufgaben der inneren Verwaltung, insbesondere die innere Verwaltung im engeren Sinne, die gesamten Aufgaben der Volksebildung und der Wohlfahrtspflege weiterhin den Ländern und Gemeinden oblagen, so war es unerlässlich, die Länder, deren eigene Einnahmen zur Erfüllung dieser Aufgaben nicht ausreichten, durch Überweisung von Anteilen an verschiedenen vom Reich verwalteten Steuern, insbesondere der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer, zu beteiligen.

Während der Inflationszeit war das Reich, dem allein ein unbefränkter Zugriff auf die Notenpresse offenstand, gezwungen, Ländern und Gemeinden neben geringeren Anteilen an Realsteuern Zuschüsse zu ihren Ausgaben zu gewähren, insbesondere in weitem Umfang die Befolgungsausgaben der Länder und Gemeinden zu übernehmen. Nach Stabilisierung der Währung wurden dann durch die Dritte Steuerordnung vom 14. Februar 1924 die ursprünglichen Grundlagen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden wiederhergestellt. Die Zuschüsse des Reichs wurden bis auf wertige Reste beseitigt, die in der Inflationszeit vom Reich übernommenen Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei wieder an Länder und Gemeinden zurückgegeben. Um die Länder wieder einer auf die Stabilisierung folgenden Über-

gangsperiode infandzuführen, ihre Aufgaben zu erfüllen, wurde ihr Anteil an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer vorübergehend erhöht und ihnen in der Hauszinssteuer eine ertragsreiche Steuerart erschlossen.

Im Rahmen der großen Steuerreform vom Sommer 1925 wurde durch das Gesetz vom 10. August über Änderung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden die Regelung, die die Dritte Steuerordnung getroffen hatte, im einzelnen abgeändert.

Das Kernstück des Finanzausgleichs bildet die Frage, in welcher Form Länder und Gemeinden an den Realsteuern zu beteiligen sind. Diese Frage konnte damals, da die nötigen statistischen Unterlagen zur Schätzung des normalen Steuerbedarfs und der normalen Steuerkraft der verschiedenen Teile des Deutschen Reichs fehlten und da außerdem Deutschland mitten in einer schweren Wirtschaftlichen Krisis fand, keine endgültige Lösung finden. Sie ist zur Zeit provisorisch wie folgt geregelt:

Die Länder und Gemeinden erhalten 75 v. H. der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer und für das Rechnungsjahr 1926 50 v. H. der Umsatzsteuer. Sie erhalten ferner den gesamten Ertrag der Grundverbrauchssteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und der Kennzeichensteuer nach Abzug von 4 v. H. als Vergütung für die Verwaltungskosten des Reichs. Als Mindestbeitrag ihrer Beteiligung an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sind den Ländern für das Rechnungsjahr 1926 2100 Millionen zugesichert. Hierzu tritt noch eine besondere Garantie für die Umsatzsteuer, nach der die Länder allein aus der Umsatzsteuer im Rechnungsjahr 1926 mindestens 480 Millionen Reichsmark erhalten müssen.

Die Regelung der wichtigsten Besteuerung, die diese provisorische Regelung abzulösen herantreten sehr wird, blühte es jetzt, zwei Gesichtspunkte zu beachten: Der erste ist: Stärkung der Selbstverantwortlichkeit von Ländern und Gemeinden für ihre Finanzpolitik. Der zweite: Gleichmäßigkeit der steuerlichen Belastung im ganzen Gebiet des Deutschen Reichs, für die Festlegung der deutschen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit ist es von größter Bedeutung, daß die Entschleunigung von sogenannten „Steuerosen“ vermieden wird; d. h. daß vermieden wird, daß Gebiete mit relativ geringer Steuerlast steuerlich überlasteten Gebieten gegenüberstehen und daß infolgedessen, was das früher vielfach vorkam, der Standort der günstigsten Produktionsverhältnisse durch den höheren oder geringeren Steuerdruck bestimmt wird.

Um das Ziel einer Stärkung der finanzpolitischen Selbstverantwortung von Ländern und Gemeinden zu erreichen, hatte die Reichsregierung in Rahmen der Steuerreform von 1925 die Einführung eines Zulassungsrechts der Länder und Gemeinden in der Form der Festsetzung selbständiger Ertragsanteile an Einkommen- und Körperschaftsteuer des Reichs an Stelle der bisherigen Überweisungen vorgeschlagen. Das Reich sollte weiterhin 25 v. H. der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer für seinen eigenen Bedarf erheben, Länder und Gemeinden sollten jeweils ihre Anteile an Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zu einem Höchstbeitrag von 75 v. H. festlegen. Verwaltung und Erhebung von Steuern sollten wie bisher durch das Reich erfolgen, das die von Ländern und Gemeinden festgelegten Ertragsanteile erheben und an die Länder und Gemeinden abführen sollte. Die Einführung dieses Rechts zur Erhebung gleichförmiger Ertragsanteile ließ sich im Sommer 1925, wie gesagt, noch nicht verwirklichen, wurde aber durch Artikel 8 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichs vom 10. August 1925 für den 1. April 1927 in Aussicht genommen. Sie wird sich jedoch auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht durchführen lassen. Die Gründe hierfür liegen darin, daß einmal die unbedingt erforderlichen und durch das Gesetz ausdrücklich vorgeschriebenen statistischen Unterlagen (Oberbucht über die Finanzgebahrung der Länder und Gemeinden im letzten Vorjahresjahr, im Jahre 1925 und in der ersten Hälfte des Jahres 1926, Ergebnis der ersten Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer, Oberbucht über die Einheitswerte nach dem Reichsbewertungsgesetz) noch nicht vorliegen bzw. noch nicht durchgearbeitet werden konnten. Abgesehen davon aber verbietet sich eine endgültige Regelung dieses Finanzproblems der deutschen Finanzpolitik zur Zeit auch mit Rücksicht darauf, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands auch jetzt noch nicht so weit konsolidiert sind, daß eine Oberbucht über den normalen Steuerbedarf und die normale Steuerkraft der einzelnen Teile des Deutschen Reichs gewonnen werden könnte. Dies ist aber deshalb unerlässlich, weil gleichzeitig mit der Regelung der Beteiligung von Ländern und Gemeinden an den vom Reich bewirtschafteten Steuern auch über die Frage des Verhältnisses der Einkommensteuer zu den Realsteuern der Länder sowie über die endgültige Gestaltung der Hauszinssteuer entschieden werden muß. Auch ist in der noch zur Verfügung stehenden Zeit eine ordnungsmäßige Erledigung der erforderlichen gesetzgeberischen Arbeit — es kommen ja außer dem Reichstag nicht nur die Volkstretungen der Länder, sondern auch die Vertretungen der Gemeinden in Frage — nicht möglich.

Aus äußeren und inneren Gründen ist es daher notwendig, die endgültige Regelung des Finanzausgleichs nochmals zu vertagen und sich für den Augenblick mit einer Zwischenlösung zu begnügen.

Das Milchproblem^{*)}

Von Dr. med. E. Schar, Berlin.

Schon vor dem Kriege gab es das „Milchproblem“. Wissenschaftler und Praktiker arbeiteten daran, die besten Wege zu finden, um die Milch, dieses unentbehrliche Nahrungsmittel, vollwertig, preiswert und in hinreichendem Maße der Bevölkerung zugänglich zu machen. Krieg und Nachkriegszeit haben fast alles, was erreicht war, zerstört. Jetzt steht das Milchproblem wieder im Vordergrund des Interesses.

Die Milchfrage ist ein Gemeinschaftsproblem, an dem Landwirtschaft, Handel, Transportwesen und Arzt in gleichem Maße interessiert sind. Aber das Interesse darf nicht so aufgefaßt werden, das jeder fragt: wie kannst du am meisten daran verdienen, sondern: wie kann mit einfachen Mitteln größtmögliche Wirkung erreicht werden.

Um diesen Erfolg zu erzielen, muß heute das Problem anders angefaßt werden als in der Vorkriegszeit. Damals erstrebte man eine möglichst keimfreie (aseptische) Milch zu gewinnen. Man baute, man kann fast sagen luxuriöse Ställe, führte das Vieh zum

Erzeuger zum Verbraucher werden doch Keime hereinkommen. Es müssen harmlose Bakterien sein, sie können aber auch einmal gefährliche (z. B. Tuberkulose, Typhusbakterien) sein. Diese müssen vernichtet werden. Ich folge jenen Autoren, welche sagen: das Keimfreimachen der Milch hat erst im Haushalt zu erfolgen. Wird die Milch in der Meierei keimfrei gemacht, wer leistet dafür eine Gewähr, daß auf dem Wege zum Verbraucher nicht nachträglich doch Keime in die Milch hineingelangen? Das kann in gleichem Maße der Fall sein bei Umgießen auf dem Transport, wie im Haushalt selbst. Wir fordern, daß die Milch roh ins Haus geliefert wird. Durch dauerndes Kühlhalten wird die Bakterienvermehrung möglichst hintangehalten. — Es gibt aber auch eine andere Richtung, die verlangt, daß die Milch in der Zentralmeierei durch Pasteurisieren (längere Erhitzung auf etwa 60°) oder Sterilisieren (kürzere Erhitzung auf 100° und darüber) keimfrei gemacht wird und tiefgefällt, ohne der Gefahr erneuter Keimbefallung (etwa durch Öffnen der Behälter und Umgießen) ausgesetzt zu werden, schnellstens zum Verbraucher gelangt. Die



Das Milchvieh.

Ue gesunde, zweckmäßig geführte Kühe in sauberen Ställen geben eine gute Kindermilch.



Milchgewinnung und Milchtransport.

Das Vieh soll nicht im Stall, sondern in einem besonderen Melkraum oder im freien gemolken werden. Die Milch wird sofort filtriert, tiefgefällt und kühl gehalten. Auf kürzestem Wege wird sie zum Verbraucher zugeführt.

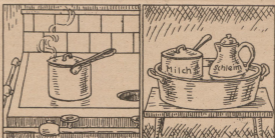


Kindermilch.

Zur Bereitung der Kinderernährung wird am besten eine ungewandert gewonnene, rohe Milch verwendet, die in geschlossenen Gefäßen geliefert wird.

Milch, welche aus offenen Gefäßen verkauft wird, ist vielfach verunreinigt und deshalb minderwertig.

Die zwecks Molkung fränkliche Milch, welche aus keimfreien Gefäßen verkauft wird, ist keimfrei und pasteurisierte Milch darf im Hause nicht noch einmal gefodt werden.



Behandlung der Milch im Haushalt.

Die Milch soll sofort nach Zubereitung aufzudecken und drei Minuten im Sieben zu halten. Gleich nach dem Kochen muß die Milch abgeseiht und bis zum Verbrauch in geschlossenen Gefäßen bei 10° — 12° C gehalten werden.

Milchen in einem besonderen Raum, sog der Kuh zum Melken Hofen an. Vom Schweizer selbst wurde eine Keimlichkeit verlangt, fast wie sie der Arzt im Operationsraum beobachtet. Der Krieg, das große Massenexperiment, hat nun gezeigt, daß viele von diesen Maßnahmen übertrieben waren, welche die Milch verteuern mußte. Und damit sind wir an einem der springenden Punkte angelangt: die Milch muß, bei einwandfreier Beschaffenheit, zuerst schwinglichem Preise in den Haushalt kommen.

Was stellen wir heute hinsichtlich der Gewinnung der Milch für Forderungen? Sie muß nach wie vor von gesundem Vieh kommen. Gesundes Vieh aber finden wir nie im dunklen, schmutzigen Stall. Die Kühe brauchen Weidegang, wo das nicht geht, aber wenigstens Bewegungsfreiheit im großen Auslauf. Die Ställe müssen licht, luftig und sauber sein. Die sauber gewonnene Milch soll sofort gefiltert und tiefgefällt werden. Eine völlige aseptische Milch gibt es praktisch überhaupt nicht. Jemandem auf dem Wege zum

Methode hat sicher ihr Gutes, und sie sei anerkannt, unter der Voraussetzung, daß durch ein entsprechendes Etikett der Verbraucher sofort erkennt, daß die Milch bereits einem Erhitzungsprozeß unterworfen wurde. Diese Milch darf nämlich im Haushalt nicht ein zweites Mal aufgefodt werden, denn dadurch wird durch Zerstörung der Vitamine — lebenswichtiger Ergänzungsstoffe, welche die Milch enthält — der Wert der Milch herabgesetzt.

Einig darüber sind sich jedenfalls alle Autoren über einen schon erwähnten Punkt: der Transport zum Verbraucher muß schnell und in gut ausgerüsteten Spezialwagen vorstatten gehen. Auf einer der Fragen der Milchwirtschaft ipstetell gewidmeten Tagung des Deutschen Städtetages wurde kürzlich darüber geklagt, daß vielfach Eisenbahnmilchwagen verkehren, die keinerlei Kühlvorrichtung besitzen.

Weiter wird man, wie auch auf der Tagung des Deutschen Städtetages zur Sprache kam, dem Milchhandel seine Aufmerksamkeit widmen müssen. In manchem beispielsweise hat man schon besondere Vorschriften erlassen. Dort gibt es nur noch Spezialmilchgeschäfte, allen minderwertigen Verkauf-

*) Die Abbildungen stammen aus dem „Atlas der Hygiene des Kindes“, von Langstein und Wolf, herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Säuglings- und Kleinkinderhygiene, Charlottenburg 4, Frankfurt.

fänden ist die Milchverkaufserlaubnis entzogen worden. Das Ergebnis ist ausgezeichnet: Während in den Jahren 1912 bis 1913 durchschnittlich 14 v. H. aller Milchproben beanbahnt werden mußten, waren im Jahre 1924 0,75 v. H. und im Jahre 1925 nur noch 0,12 v. H. aller in den Milchverkaufsstellen in Mannheim polizeilich erhobenen Milchproben wegen Verfälschung, wegen des Schmutzgehaltes keine einzige zu beanbahnen.

Die Behandlung der Milch im Haushalt, besonders wenn sie als Säuglings- und Kinderernahrung Verwendung finden soll, bedarf nach vorstehenden Erörterungen kaum noch einer ausführlicheren Besprechung. Die Hausfrau muß genau wissen, wie die Milch vorzubehandeln ist. Rohre Milch wird (möglichst) aufgedocht und drei Minuten im Sieden gehalten; sie wird dann rauh abgefäht und im verschlossenen Gefäß bis zum Verbrauch aufbewahrt. Milch, die als pasterisiert oder sterilisiert kenntlich gemacht ist, wird nur gefäht. Diese Vorschriften muß aber die Hausfrau kennen. Aufklärungsarbeit auf jedem nur möglichen Wege ist also nötig!

Dietlerorts, darüber besteht kein Zweifel, gibt es sehr wieder eine vollwertige Milch in genügender Menge. Und andererseits hört man, daß unglücklich große Mengen Milch nicht abgenommen werden und deshalb anderweitig verarbeitet werden müssen. Das kommt daher, wird geantwortet, weil die Milch zu teuer sei. Es ist hier nicht der Ort zu finanzpolitischen Erörterungen; nur soviel sei bemerkt: Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert. Auch die Milchwirtschaft wird nur in unserem Sinne arbeiten, wenn sie angemessen bezahlt wird. Und ist die Milch wirklich so teuer? Es sollen keine Zahlen, die doch rasch wieder vergessen werden genannt werden; aber man vergegenwärtige sich: ein Liter Milch entspricht an Nährwert etwa 400 Gramm Fleisch. Und vergleichen wir nun die Preise von Milch und Fleisch, dann wird der Preis für Milch gewiß nicht als zu hoch empfunden werden. Aber das ist es ja eben, was die meisten Menschen nicht wissen: wie wertvoll die Milch als Nahrungsmittel ist! Sorge jeder für Aufklärung; trage jeder dazu bei, daß die Milch in der Ernährung des Menschen die Rolle spielt, die ihr von Natur aus gebührt.

Die Entwicklung der deutsch-italienischen Beziehungen.

Italien war diejenige Entente-Großmacht, welche nach Beendigung des Krieges dem geschlagenen Deutschland gegenüber eine Haltung einnehmen konnte, die nicht ausschließlich von Rache- und Gewinnlust diktiert war. Dem Reich Italien betrübte die Gegenwart Deutschlands im Weltkrieg eigentlich nur als eine Beileiterscheinung zur endgültigen Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich. Daher hat es in Italien weder während noch nach dem Kriege einen Deutschenhaß gegeben.

Deutschland konnte somit in den schweren Jahren, die im Ruhrerbruch ihren tiefsten Punkt erreichten, von Italien, wenn auch nicht Unterstützung, so doch eine wohlwollende Haltung erwarten. Dieser Zustand änderte sich auch in den ersten Zeiten der faschistischen Revolution nicht. Erst die konsequente Unterdrückungs- und Entnationalisierungspolitik, die der Faschismus seiner nationalpolitischen Staatsstrategie getreu unter den Deutschen Südtirols betrieb, führte zu der Spannung, die noch in frischer Erinnerung ist. Diese Spannung entlud sich schließlich Anfang des Jahres in einem Redebuell zwischen Stresemann und Mussolini, bei welcher Gelegen-

heit der italienische Ministerpräsident, einem demagogischen Impuls folgend, vor Verunglimpfungen der gesamten deutschen Nation als solcher nicht zurückblieb.

Die Presse beider Länder reagierte scharf; von seiten weiter deutscher Kreise setzte eine Art Boykott italienischer Landesprodukte ein, und es wurde dafür Stimmung gemacht, Reisen nach Italien zu unterlassen. In Italien wiederum ersuchte man den Gegenboykott zu organisieren.

Dieser Zustand gegenseitiger Bitterkeit wurde erst wieder etwas gemildert durch den 1925 in Kraft getretenen deutsch-italienischen Handelsvertrag. Gelegentlich der Vollversammlung des Völkerbundes im September trat dann Italien an Deutschland mit dem Vordruck heran, die gegenseitigen Beziehungen dadurch zu fördern, daß man sie in vortragliche Form brächte. Schon damals wurde italienischerseits im wesentlichen an den Abbruch eines Schiedsgerichtsvertrages gedacht, doch hoffte die italienische Regierung, diese Vertragsform durch Einführung von Klauseln rein politischer Natur plausibler gestalten zu können.

Nach außen hin wurde das italienische Vertragsbedürfnis so dargestellt, daß es die logische Folge von Locarno sei, daß auch Italien als Garant der zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien abgeschlossenen Schiedsverträge sich diesem Vertragsystem anschließe.

In Wirklichkeit wird es Italien darum zu tun gewesen sein, einen regelrechten Freundschaftsvertrag mit Deutschland abzuschließen, denn ein solcher Vertrag hätte als doppelter Gewinn für Italien einmal eine Spitze gegen Frankreich gehabt, dann aber auch, wenn es nach dem Wunsch Italiens gegangen wäre, eine formelle deutsche Garantie der italienischen Nordgrenze einbringen können.

Auf diese weitgehenden italienischen Pläne konnte Deutschland sich nicht einlassen, sowohl weil Deutschland Frankreich gegenüber eine Politik vertrat, die deren Grundlage Vertrauen und Anspruch auf Vertrauen ist, als auch weil die Basis für ein Freundschaftsverhältnis zwischen Italien und Deutschland nicht gegeben ist, solange den Südtirol Deutschen die kulturellen Grundrechte vorzuenthalten werden.

Deutschland war dagegen ohne Einwendungen zum Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages bereit, ist es doch selber auf diesem Gebiet vorbildlich tätig gewesen, wozu die große Zahl der von Deutschland mit anderen Ländern bereits abgeschlossenen Schiedsverträge Zeugnis ablegt.

Bei dem deutsch-italienischen Schiedsgerichtsvertrag, dessen Unterzeichnung bevorsteht, dessen Einzelheiten aber noch nicht bekannt sind, handelt es sich um einen Vertrag, der in der von Ministerialdirektor Saas ausgearbeiteten wirksamen Weise das Schiedsgerichtsverfahren mit dem Vergleichsverfahren verknüpft. Zum besseren Verständnis sei bemerkt, daß das schiedsgerichtliche Verfahren zwischen zwei Ländern Platz greift, wenn es sich um streitige Rechte handelt, das Vergleichsverfahren dagegen bei allen anderen Konflikten diplomatischer Natur.

Überprüfungen in Gestalt von politischen Kläufeln wird der Vertrag nicht enthalten, so daß also, besonders in der Auslandspresse an ihn geknüpften Kommentare gegenstandslos werden. Trotzdem kommt dem Vertrag eine politische Bedeutung zu. Sie liegt in dem Geiste, der zur Abschaffung des Vertrages geführt hat. Es ist verständlich, daß beide Regierungen bestrebt sind, die Beziehungen zwischen den Ländern harmonischer zu gestalten. Diesem Bestreben wird der Vertrag zweifellos dienen, zumal wenn die italienische Regierung fortfährt, Beweise ihres guten Willens zu geben, wie wir sie in dem Urteil von Verona und der Schaffung einer selbständigen Provinz Bozen gern anerkennen.

Zur Zeitgeschichte

Die Verabschiedung des Arbeitsgerichtsgesetzes.

Die Annahme des Arbeitsgerichtsgesetzes durch den Reichstag, die am 13. Dezember 1926 mit 21 gegen 140 Stimmen bei 7 Stimmentzückungen erfolgte, ist, sowohl sozialpolitisch als auch rechtspolitisch von großer Bedeutung. Das Gesetz verleiht dem Gedanken der Arbeitsgerichtsbarkeit zur allgemeinen Geltung. Die Arbeitsgerichtsbarkeit umfaßt in Zukunft die Rechtsprechung in bürgerlichen Arbeitsrechtsstreitigkeiten, insbesondere allen Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen oder über das Befahren oder Nichtbefahren von Tarifverträgen, ferner alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus dem Arbeits- oder Beherrverhältnis und über das Befahren oder Nichtbefahren eines Arbeits- oder Beherrvertrages. Der Kreis der vor die Arbeitsgerichte gehörigen Streitigkeiten ist also gegenüber dem jetzigen Stande wesentlich erweitert worden. Die Gerichtsbarkeit in Arbeitsfällen obliegt den Arbeitsgerichtsbehörden, die in drei Instanzen gegliedert sind: die Arbeitsgerichte, die Landesarbeitsgerichte und das Reichsarbeitsgericht. Die Landesarbeits-

gerichte sind die Berufungsinstanzen der Arbeitsgerichte. Eine Berufung findet statt, wenn der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 500 M. übersteigt, oder wenn das Arbeitsgericht die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreites zugelassen hat. Das Reichsarbeitsgericht ist lediglich Revisionsinstanz. Die Zulässigkeit der Revision findet in denselben Grenzen statt wie im ordentlichen Prozeßverfahren. In der Frage: „Sondergerichte oder Eingliederung in die ordentliche Justiz?“, die Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen gewesen ist, hat das Gesetz einen vermittelnden Standpunkt eingenommen. Die erstinstanzlichen Gerichte, die Arbeitsgerichte, werden als selbständige Gerichte durch die Landesjustizverwaltungen im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für die Sozialverwaltung und nach Anhörung der wirtschaftlichen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer regelmäßig für den Bereich eines Amtsgebietes errichtet. Das Arbeitsgericht ist also grundsätzlich ein Sondergericht, dessen Dorthin allerdings in vielen Fällen durch Personalunion mit dem Amtsgericht desselben Be-

zirks verbunden ist. Dagegen werden die Landesarbeitsgerichte bei den Landgerichten, das Reichsarbeitsgericht bei dem Reichsgericht errichtet. Jede Kammer des Arbeitsgerichts wird in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und in einem Beisitzer der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer tätig. Bei Tarifvertragsstreitigkeiten beträgt die Zahl der Beisitzer je zwei auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Die Beisitzer werden von der höheren Verwaltungsbehörde im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landesgerichts auf Grund von Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auf die Dauer von drei Jahren berufen. Die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter besetzen die Landesjustizverwaltung im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für die Sozialverwaltung. Es sollen nur Personen bestellt werden, die auf arbeitsrechtlichem Gebiete Kenntnisse und Erfahrungen besitzen. Die Vorsitzenden müssen die Befähigung zum Richteramt haben und sollen in der Regel ordentliche Richter sein. Die Besetzung der Landesarbeitsgerichte erfolgt in der gleichen Weise wie die der Arbeitsgerichte, nur daß die Vorsitzenden aus den Direktoren und den hänglichen Mitgliedern des Landgerichts entnommen werden. Beim Reichsarbeitsgericht wird jeder Senat in der Besetzung mit einem Vorsitzenden, zwei richterlichen Beisitzern und je einem Beisitzer der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer tätig.

Besonders lebhaft war bei den Vorbereitungen des Gesetzes die Frage der Prozeßvertretung umstritten. Das Gesetz schließt Rechtsanwälte und Personen, die das Recht selbst vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Prozeßvollmächtigte oder Bevollmächtigte von Arbeitsgerichten aus, läßt jedoch Mitglieder und Angehörte wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern, die kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind, zu, soweit sie für die Vereinigung oder für Mitglieder der Vereinigung auftreten und nicht neben dieser Vertretung die Tätigkeit als Rechtsanwalt ausüben. Vor dem Landesarbeitsgericht oder vor dem Reichsarbeitsgericht besetzt dagegen Anwaltschaft. Die Parteien müssen sich daher durch Rechtsanwälte als Prozeßvollmächtigte vertreten lassen. An ihre Stelle können jedoch vor den Landesarbeitsgerichten Mitglieder und Angehörte wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern, die kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind, treten, sofern die Vereinigung oder Mitglieder von ihr Partei sind.

Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten aus einem Arbeits- oder Scheidungsverhältnis, das sich nach einem Tarifvertrag bezieht, können die Parteien des Tarifvertrages die Arbeitsgerichtsbarkeit im Tarifvertrag durch ausdrückliche Vereinbarung, daß die Entscheidung durch ein Schiedsgericht erfolgen soll, ausschließen. Dasselbe gilt auch für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien, jedoch ist in den meisten Fällen eine bestimmte Zusammenlegung des Schiedsgerichts, durch die Parität gewährt wird, vorgeschrieben.

Das Gesetz tritt am 1. Juli 1927 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt fallen das Gewerbeschlichtgesetz, das Gesetz betreffend Kaufmannsgerichte, sowie der Artikel 2 der Verordnung über das Schlichtungsverfahren vom 30. Oktober 1925 mit der Ausführungsverordnung vom 10. Dezember 1925, welche die Einrichtung der vorläufigen Arbeitsgerichte und das Verfahren vor ihnen regelt, fort.

Der Fremdenverkehr in unserer Zahlungsbilanz.

Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht in seinen Vierteljahresheften auch eine ausführliche Darstellung „Die deutsche Zahlungsbilanz seit der Stabilisierung“, die u. a. außerordentlich interessante Aufschlüsse über die finanzielle Bedeutung des Reiseverkehrs für Deutschland bietet und den Nachweis erbringt, daß wir auch auf diesem nicht unwichtigen Gebiet unserer Devisenwirtschaft einen Zustieg der Passivität, folsagen eine passive Reisebilanz, zu verzeichnen haben.

Damach betragen die Einnahmen aus dem Reiseverkehr, also die Ausgaben von in Deutschland reisenden Ausländern, 1924: 60 Millionen Mark, 1925: 100 Millionen Mark und im ersten Halbjahr 1926: 40 Millionen Mark. Dem stehen gegenüber die Ausgaben der ins Ausland gereisten Deutschen, und zwar 1924 mit 140 Millionen Mark, 1925 mit 190 Millionen Mark und im ersten Halbjahr 1926 mit 76 Millionen Mark. Daraus ergibt sich eine passive Reiseverkehrs-bilanz von 80 Millionen Mark im Jahre 1924, von 90 Millionen Mark im Jahre 1925 und von 36 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1926.

Sehr interessant sind die Erläuterungen zu diesen Angaben, die einen Aufschluß darüber geben, wo diese Zahlen, die ja nur auf Schätzungen beruhen, ermittelt worden sind.

Die Aktivseite wird gebildet durch die Ausgaben ausländischer Reisender in Deutschland, die Passivseite durch die Ausgaben deutscher Reisender im Ausland.

Die Ausgaben ausländischer Reisender in Deutschland sind nach den Angaben der wichtigsten Fremden-

verkehrsorte für das ganze Reich geschätzt worden, indem für Geschäftsfreisende (1924 rund 640 000, 1925 rund 940 000) ein Tagesverbrauch von 13 Mark und eine Aufenthaltsdauer von drei Tagen, für Vergnügungs- und Erholungsreisende (1924 rund 41 500, 1925 rund 65 000) ein Tagesverbrauch von 20 Mark und eine Aufenthaltsdauer von 14 Tagen angenommen wurden. Zu den so ermittelten Zahlen wurden 35% r. V. zuge schlagen für Einkäufe, die nicht in der Handelsstatistik als Ausfuhr erscheinen, weil sie im Reiseverkehr über die Grenze gegangen sind.

Der deutsche Fremdenverkehr

(nach Schätzungen)

Ausgaben ausländischer Reisender in Deutschland



Ausgaben deutscher Reisender im Ausland



Zahl der reisenden Ausländer in Deutschland: 1005 000

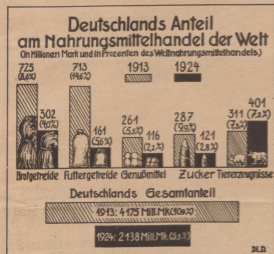


Die Ausgaben deutscher Reisender im Ausland sind mit Hilfe folgender Anhaltspunkte geschätzt worden: Nach Angaben der Deutschen Reichsbahn sind 1924 2,9 Millionen, 1925 4 Millionen Fahrkarten nach dem Auslande verkauft worden. Wenn man annimmt, daß von den rund 700 000 bzw. 1 Million in Deutschland reisenden Ausländern ein Drittel an diesem Fahrkartenerwerb beteiligt war, während die übrigen zwei Drittel im Ausland gekaufte Fahrkarten benutzten, so entfällt auf ausreisende Deutsche eine Anzahl von 2,7 bzw. 3,7 Millionen Fahrkarten. Bei der Annahme eines Aufenthalts von durchschnittlich drei Tagen und eines Verbrauchs von durchschnittlich 13 Mark kommt man zu einer Gesamtausgabe von 120 Millionen im Jahre 1924 und 170 Millionen im Jahre 1925. Zu diesen Ergebnissen aus dem Eisenbahnverkehr kommen die Auslandsausgaben der über See gereisten Deutschen. Sie sind für 20 000 Menschen für je 20 Tage zu je 25 Mark geschätzt worden. Außerdem sind für Beförderungsstufen auf ausländischen Schiffen noch einmal je 2000 Mark für 5000 Reisende zu rechnen. Insgesamt ergibt sich aus dem Seereiseverkehr so ein jährlicher Aufwand von 20 Millionen. Für 1926 sind die Vorjahreszahlen mit zwei Fünfteln eingezogen, da der größere Teil der Auslandsreisen Deutscher und der Deutschlandreisenden der Ausländer ins zweite Halbjahr fallen dürfte.

Aber die nationale Zugänglichkeit der Reisenden, die nach Deutschland kommen, liegen genaue Statistiken nicht vor. Sicher ist jedoch, daß die Amerikaner einen nicht unerheblichen Prozentanteil ausmachen, wemgleich der Hauptstrom der nach Europa reisenden Amerikaner sich nach Frankreich wendet. Welche riesigen Ausmaße aber der Massenbesuch aus Amerika angenommen hat und welche finanziellen Auswirkungen er für Amerika selbst, geht aus einer Schätzung hervor, die schon in Washington vorgenommen worden ist: es wurde berechnet, daß im Jahre 1925 von amerikanischen Touristen rund 500 Millionen Dollar (etwa 2,1 Milliarden RM.), im Jahre 1926 700 Millionen Dollar (etwa 2,9 Milliarden RM.) in Europa ausgegeben worden sind.

Rückwirkungen der weltwirtschaftlichen Lage auf die deutsche Landwirtschaft.

Die jüngst erschienene Veröffentlichung der „Dritteljahrberichte für Konjunkturforschung“ gibt in ihrer Übersicht über den Welt-handel in wichtigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen vor und nach dem Kriege ein Bild von der Ungunst der weltwirtschaftlichen Lage Deutschlands, zugleich aber auch von der Bedeutung der wirtschaftlichen Aufgaben des deutschen Kandabaus durch die Verdrängung in der Ein- und Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse von 1913 und 1924. Die Verengung des deutschen Anteils am Weltmarkt mit Nahrungsmitteln drängt Deutschland in die Richtung des gefunden nationalen egoismus, des vor dem Binnenmarkt zum sicheren Schwerpunkt seiner Wirtschaftskraft. Wer das noch immer nicht glauben möchte, dürfte durch das Gemüß der Tatsachen belehrt werden. Deutschlands Anteil am Weltnahrungsmittelhandel ist, wie das nachstehende Schaubild zeigt, im Jahre 1924 gegenüber 1913 fast um die Hälfte gesunken.



Alle auch von dieser Seite her ist das Sinken unseres Anteils am Weltmarkt deutlich beleuchtet. Dazu sei erwähnt, daß auch der Anteil Deutschlands an dem Weltmarkt mit Rohstoffen erheblich nachgelassen hat.

Was nun im einzelnen die deutsche Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse betrifft, so ist auch hier ein Erlahmen der landwirtschaftlichen Exportkraft nach dem Kriege der üblichen Roggen, Kartoffeln und Zucker liefernden Überschußgebiete zu verzeichnen. Deutschlands Ausfuhr an wichtigen Nahrungsmitteln betrug:

	1913		1924	
	in 1000 t	in Prozent der Weltausfuhr	in 1000 t	in Prozent der Weltausfuhr
Weizenmehl	195	6	14	—
Roggenmehl	225	46	6	4
Roggen	954	59	42	2
Hafer	660	18	105	6
Zucker	1117	20	580	5
Kartoffeln	352	18	63	4

Das Sinken unserer Gesamteinfuhr an Lebensmitteln steht zu dem Rückgang unserer Ausfuhr in keinem Verhältnis. Der allem aber auch es nicht verhindern können, daß Deutschland das Opfer der Verdrängung im Weltnahrungsmittelhandel geworden ist: die landwirtschaftliche Industrialisierung der überreichen Exportgebiete hat den Schwerpunkt des Weltnahrungsmittelhandels von den Rohstoffen zum Fabrikat verlegt. Das bedeutet für alle Einfuhrländer eine Minderung der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten und den Verlust wertvoller Abfallprodukte. Kennzeichnend in diesen Beziehungen ist die folgende Übersicht über die Einfuhr von Lebensmittelmitteln und Lebensmittelfabrikaten in den Jahren 1913 und 1924:

	1913		1924	
	in 1000 t	in Prozent der Weltausfuhr	in 1000 t	in Prozent der Weltausfuhr
Weizen	2946	13	738	4
Weizenmehl	18	1	567	13
Roggen	353	15	515	24
Roggenmehl	1	—	62	45
Gerste	3258	49	592	19
Malz	919	11	391	6
Rindfleisch	30	6	82	9
Schweinefleisch	107	51	135	27
Butter	51	16	55	14
Käse	22	9	44	14

Trotz des Einfuhranstiegs unseres Anteils am Weltnahrungsmittelhandel von 4175 im Jahre 1913 auf 2138 Millionen Mark im Jahre 1924 ist unser Anteil am Weltmarkt mit tierischen Produkten von 311 auf 401 Millionen Mark gesunken. Seitdem hat sich die Einfuhr von Fleisch- und Milcherzeugnissen noch stark gesteigert und beinträchtigt hauptsächlich unsere Viehwirtschaft treibenden Betriebe mit gleicher Stärke wie die Getreide- und Mehl-einfuhr die hauptsächlich Getreidewirtschaft treibenden Betriebe.

Dr. Rudloff.

Der Fall Gernersheim.

Am 21. Dezember 1926 hat das französische Kriegsgericht in Landau in dem Prozeß gegen den französischen Unterleutnant Rouzier und gegen sechs deutsche Angeklagte ein Urteil gefällt, das im ganzen deutschen Volk und weit über die deutschen Grenzen hinaus Empörung und Entrüstung ausgelöst hat.

Kapitän Rouzier vom 511. Artillerieregiment in Gernersheim hat in der Nacht vom 26. zum 27. September 1926 den deutschen Staatsangehörigen Emil Müller erschossen und gegen die Deutschen Josef Matthes und Richard Holzmann Gewalttatigkeiten verübt. Einige junge unbemittelte Leute aus Gernersheim trafen nachts auf einen unbekanntem Stollstein, der sich nachher als der französische Leutnant Rouzier herausstellte. Holzmann näherte sich dem Unbekannten, der ihm einige französische Worte sagte und sofort zum Angriff überging. Rouzier feuerte zwei Schüsse aus seinem Revolver ab, von denen einer die Persönlichkeit des Schützen feststellte, ohne aggressiv vorzugehen. Rouzier schloß sofort auf die Leute. Matthes wurde in den Kopf getroffen und Emil Müller auf der Stelle getötet. Die französische Gerichtsbehörde erhob schließlich Anklage gegen Rouzier wegen Mordes bzw. Totschlags, aber auch gegen die bei dem Zwischenfall beteiligten Deutschen, die teilweise das Opfer Rouziers gewesen waren. Die Gerichtsverhandlung erbrachte den einwandfreien Nachweis, daß die verhängnisvollen Schüsse von Rouzier nicht in Notwehr abgegeben wurden, ferner daß die angeklagten Deutschen nicht herausfordernd oder beleidigend aufgetreten sind. Trotzdem wurde Rouzier nicht verurteilt, sondern unter Verneinung aller Schuldfragen freigesprochen. Allen natürlichen Rechtsempfinden zum Trotz wurden dagegen die angeklagten Deutschen verurteilt, und zwar zu längeren Gefängnisstrafen. Der von Rouzier angefohlene Holzmann erhielt wegen „beleidigender Haltung“ 2 Monate Gefängnis mit Strafaufschub, der Angeklagte Matthes, der von Rouzier in den Kopf getroffen wurde und an den Folgen der Verletzung noch heute im Krankenhaus danteiligt, in Abwesenheit ebenfalls wegen „beleidigender Haltung“ 2 Jahre Gefängnis, zwei andere Deutsche 6 bzw. 3 Monate Gefängnis.

Dieses Urteil hat im ganzen Reiche helle Empörung und tiefe Entrüstung hervorgerufen. Die Reichsregierung hat selbstverständlich sofort gegen das kaiserliche diplomatische Schritte unternommen. Botschafter v. Hofsch wurde beauftragt, im französischen Auswärtigen Amt in Paris zum Ausdruck zu bringen, daß die Reichsregierung die Anwendung aller Rechtsmittel gegen das kaiserliche Urteil erwarte, und darauf hinzuweisen, daß die gesamte Deutsch-französische Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich durch solche Vorfälle auf schwerste gefährdet werde. In gleicher Weise wurde der Reichskommissar für das besetzte Gebiet, Freiherr Langewirt von Simmern, bei der Rheinlandkommission in Koblenz vorgeföhrt.

Das kaiserliche Urteil hat aufs neue bemittelt, daß eine Befestigung, in welcher Gestalt auch immer, zu unliebsamen Zwischenfällen und zu Reibereien mit der Bevölkerung führen muß. Die möglichst schnelle Zurückziehung der Besatzung aus den rheinischen Gebieten ist daher ein zwingendes Gebot.

Beichtigung:

Beichtigung. In Nr. 24 des „Heimatsdienst“ 1926, ist auf S. 582, 1. Spalte, 3. Zeile von oben, ein sinnfälliger Druckfehler unterlaufen. „Instatt“ der „Schleswig-Holsteiner“ muß es heißen „der Schleswiger“.

Blick in die Bücher

Der Beruf des Diplomaten. (Betrachtungen über die diplomatische Berufsmentalität.) Von Severus Clemens. 14. Schrift der Einzelschriften für Politik und Geschichte. Deutsche Verlags-gesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin. Geb. 4. Kw. 5,50, H.-Keder 7 RM.

Der Verfasser, der dem verstorbenen Botschafter sehen. Marshall v. Bieberstein nahestand, gibt mit der Ueberschrift seiner Gedanken in dieser Schrift zunächst sich selbst und dann einem weiteren Kreise Rechenschaft darüber, was der Beruf des Diplomaten psychologisch für ihn bedeutet hat. Seine Skizze wendet sich in erster Linie an junge Menschen, die die Diplomatie zu ihrem Beruf erwählen. Sie schildert neben dem Orts- und dem Zeitmoment die Bedeutung der für einen Diplomaten erforderlichen Eigenschaften, wobei neben dem positiven Wissen das Moment der Persönlichkeit, Höflichkeit, Gelassenheit, Humor und Witz, Würde und Bildung, Geist und Vermögen ihre volle Würdigung finden. Man kann in der Anpassungsfähigkeit, in der Fähigkeit, in jeder Lebenslage das innere und äußere Gleichgewicht herzustellen und zu bewahren, oder in dem Abwägen der gegenseitigen staatlichen Machtverhältnisse das Wesentliche der diplomatischen Berufsmentalität erblicken, immer trifft man damit nur Einzelerörterungen oder einzelne Seiten des diplomatischen Lebens. Die ganze Fülle der für einen Diplomaten notwendigen Berufseigenschaften kann man nicht ausschöpfen, eben deshalb, weil der diplomatische Beruf etwas Systematisches und Irrationales ist. Wenn der Verfasser einmal sagt, daß das diplomatische Geschäft eine Kunst im eminentesten Sinne des Wortes ist, so trifft er ohne viel Umfängerung eigentlich das Wesen der Dinge. Diese Kunst ist nicht zum wenigsten eine Kunst des Tactes, und deshalb ist das Wort Wilhelm von Humboldts so wahr, daß „die besten Maximen der Diplomatie die des feinsten menschlichen Tactes sind“. Wie man den Tact nicht analysieren kann, so kann man auch die diplomatische Berufsmentalität wohl geteilt kritisieren, aber nicht in ihre Einzelheiten auflösen. Mehr wie eine psychologische Skizze will und kann daher auch die vorliegende Schrift des Verfassers nicht sein.

„Internem Zentrumsbannet.“ Werden und Wirken der Zentrums-partei. Dokumente zur Zeitgeschichte. Herausgegeben von Dr. B. Broermann und K. Grobbel. Verlag: Der Werdau, Berlin W 8, Französischer Str. 62. Oktav. 132 S. Preis 1,80 RM.

Die vorliegende Broschüre enthält eine Sammlung aller die Ent-wicklung und Politik der Deutschen Zentrumspartei seit 1888 dar-stellenden Dokumente, die damit zum ersten Male gesammelt und veröffentlicht werden. Das Vorwort hebt ausdrücklich hervor, daß erläuternde Darstellungen der Sammlung nicht beigegeben sind. Die trägt daher den Charakter eines wertvollen Hilfsmittels zum Quellenstudium der Politik jener Zeit überhaupt. Peg.

Die Befriedung Europas. Von Dr. Eduard David, Reichs-minister a. D. 1926. Verlag Henkel & Co., Berlin NW 7, 31 S., 1 M.

Die kleine Schrift stellt eine Umarbeitung einer preisgerichte-nen Antwort des Verfassers auf ein Wettbewerbsschreiben des ameri-kanischen Großkaufmanns Edward Filene: „Wie kann Friede und Gelingen für Deutschland und Europa durch internationale Zu-sammenarbeit gefördert werden?“ dar. Dr. David sieht in der radikalen Auszählung der Kriegsmöglichkeit eine Schicksalsfrage nicht nur für Deutschland, sondern für die europäische Menschheit überhaupt. Denn ein neuer Weltkrieg würde, so führt er aus, zwangsläufig zur proletarischen Weltrevolution führen. Der Lehre vom ewigen Krieg stellt er bewusst den Ausgleichs- und Schieds-

gerichtsgedanken gegenüber. Als Mittel für die wirtschaftliche Unterbauung des europäischen Friedens schlägt der Verfasser die Gründung einer vordereuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit selbstverpflichtendem Abbau der Zollschranken, als Mittel der poli-tischen Unterbauung die Ausgestaltung des Völkerverbundes und seiner Einrichtungen und seine Verbindung mit der interparlamentarischen Union und die spätere Schaffung eines Weltparlamentes vor. Rj.

Das Deutschtum im Ausland. Monographienammlung. Herausgegeben von Dr. Carl Bell, Kassel. Erstes Heft: Das Deutschtum im rumänischen Raum. 175 S. m. 1 Kt. 3 farb. u. 40 Abb. Preis 7,20 M.

Das schön aufgemachte Heft mit der einprägnanten farbigen Karte auf der Titelseite eröffnet eine geplante Reihe von Mono-graphien der verschiedenen deutschen Gebiete im Auslande. Ihm hat der Reichsinnenminister Dr. Kälg ein Geleitwort auf den Weg gegeben.

Das Heft ist eine Sammlung ausgezeichneter Aufsätze Deutscher aus dem Banat und einiger sachkundlicher Freunde. Aus seinem reichen Inhalt seien einige Abschnitte genannt: Die Schönheit unserer Heimat; Vergangenes und Gegenwart; Wir und Groß-rumänien; Die politische Organisation der Banater Schwaben; Banater Wirtschaft und Wirtschaftsmöglichkeiten; Die deutsche Frau im Banat; Die Lebensform; Das deutsche Schrifttum; Die Sprache. Ein wertvolles Literaturverzeichnis ist beigegeben. Der besondere Vorzug des Werkes liegt in der Kraft und der tiefen Sachkenntnis des Verfassers. Es ist wie kein zweites geeignet, ein lebensechtes Bild dieser Schwaben zu geben, die im fräftigen deutschen Volkswesen begriffen sind. R. . . .

Erinnerungen. Von M. D. Rodzjanos, Präsident der russischen Duma, mit einem Porträt des Verfassers nach Werichschagin. 1926. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin. 214 S. Br. 8 M., geb. 10 M.

Das vorliegende Werk bringt eine Fülle von Erinnerungen aus der freistichlichen Zeit des Zarenreiches, von 1905 bis zum Ausbruch des Weltkrieges und darüber hinaus bis zum Ausbruch der russischen Revolution im März 1917. Leider schließen die Erinnerungen mit den vorbereiteten Revolutionserwartungen ab und behandeln diese selbst nicht mehr. Das ist vielleicht ein Fehler des Buches, denn man hätte gern über die freistichlichen Ereignisse des Jahres 1917, die Rolle Rodzjanos in der Revolution, die Abdankung des Zaren und sein späteres Schicksal näheres erfahren. Trotzdem enthält das Werk des Interessanten noch genug. Rodzjanos stand als Präsident der letzten russischen Duma im Mittelpunkt der Ereignisse und an äußert verantwortlicher Stelle. Er besaß großen persönlichen Einfluß beim Zaren Nikolaus dem Zweiten und bei diesen Einfluß, wie der Herausgeber seiner Erinnerungen T. K. Ksjanin ausdrücklich hervorhebt, stets im Interesse der Aufklärung und objektiven Berichterstattung bei dem schwachen Monarchen benutzte. Der Zar selbst hat dies, wenn auch zu spät, anerkannt. Rodzjanos Gegner, namentlich Rasputin, waren fast immer mächtiger wie er. Die Rolle dieses „wunderbaren und laienhaften Mörders“ und sein verhängnisvoller Einfluß auf die Zarenfamilie, namentlich auf die ermordete Kaiserin, wird von Rodzjanos in allen Einzelheiten geschildert. Auch sonst ist das Buch Rodzjanos schonungslos in der Aufdeckung der gemachten Fehler und der Unzulänglichkeiten des zaristischen Systems. Die Darstellung der Kriegszeit ist besonders reizvoll und von großem historischen Interesse.

Neue Schriften

a) Geschichte, Politik und Bürgerkunde.

Kultur und Steuergesetzgebung. Zusammenhänge von Finanzpolitik und Kulturpolitik. Von Maximilian Fehr. S. Bielefeld, Albert Henkel, Joh. Popitz, Georg Schreiber. Berlin für deutschen Politik. H. 15/16. Freiburg 1926. Herder. 159 S. 4,60 M.

Schriften des deutschen Auslandsinstituts. Reihe C. Dokumente des Auslandsdeutschtums. Bd. 1. Fei-brand: Deutsche Kolonie in Cherfon und Besarabien.

Konjunkturforschung und Wirt-schaftspraxis. Mit eingedr. Kurven. Berlin 1926. Reimar Hobbing. 35 S. 5 M.

Braun, Fritz, Franz Köbste, Mith. Müller-Rüdersdorff: Entzerrung Ostlands. Mit Buchdruck u. Kunstbild. Leipzig 1926. Verlag Friedrich Brand-stetter. Bd. 24. 447 S. Kw. 8 M.

Preuß, Hugo: Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik u. Ge-schichte. Mit einem Geleitw. v. Th. Gehy. Tübingen 1926. J. C. B. Mohr. 388 S. 21,50 M., Kw. 24 M., Hdr. 30 M.

Kaab, Dr. Friedr.: Die Bedeutung des Dawesplanes. Rede des Generalagenten für Reparationszahlungen am 12. Januar 1926 in New York. Berlin 1926. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Ge-schichte. 27 S.

b) Allgemeine Werke.

Reform der deutschen Sozial-versicherung. Klassenvererblichung nach d. Kriege. Bericht über d. Ver-handlung. d. 9. Gen.-Vers. d. Gen. f. soz. Reform. H. 76. Bd. 11, H. 2. Jena 1926. G. Fischer. 126 S. 2,50 M.

Sord, Henry: Das große Heute, das größere Morgen. (Today and tomorrow.) Unter Mitwirf. v. Samuel Crowther. (Deutsche Ausgabe v. Curt u. Marguerite Cheffing.) 1 bis 20. Aufl. Leipzig 1926. P. Kist. 355 S. Kw. 9 M.

Kuttner, Max: Weltencopäische und deutsche Kultur. Berlin 1926. C. S. Witt-ler & Sohn. H. 11. 29 S. 1,50 M.

S o e b e n e r s c h i e n e n :

PHOTOFREUND- JAHRBÜCHER

1926/1927

Herausgegeben von
FR. WILLY FRERK
Schriftleiter des „Photofreund“

Das **Photofreund-Jahrbuch**
bildet alljährlich das begehrteste

Festgeschenk
jedes Photo-Amateurs

184 Abbildungen
größtenteils in Doppelton gedruckt, der hervorragenden
Leichtbildner des In- und Auslandes, ferner

6 Kunstbeilagen
sowie zahlreiche wertvolle literarische Beiträge erster Autoren,
illustrierter Bericht über „Neues aus der Photowelt im
Jahre 1926“ usw.
Tausende von Freunden der Photographie erwarten das Er-
scheinen dieses Dokumentes photographischer Leistungs-
fähigkeit mit erneuter Ungeduld. Sichern Sie sich sofort
Exemplare dieses einzigartigen Standardwerkes; die Auf-
lage ist stets bis Weihnachten vergriffen.

PREIS **6** MK

Zu beziehen durch:
DEUTSCHER LICHTBILD-DIENST GmbH
BERLIN W 35, POTSDAMER STRASSE 41

Das
Inhaltsverzeichnis
des Jahrgangs 1926

unseres Mitteilungsblattes
„Der Heimatdienst“
ist erschienen und kann
von jedem Empfänger

kostenlos bezogen werden

Bestellungen sind zu richten an:

Reichszentrale für Heimatdienst
Berlin W 35 / Potsdamer Str. 41 / Kurfürst 9723



Suchen Sie eine gute Stellung?

Dann müßten Sie Sprachen lernen oder Ihre vernachlässigten Sprachkenntnisse wieder auffrischen. Vorwissen ist oder besonders Fähigkeiten hierzu sind keineswegs erforderlich, denn die

Sprachlehrer-Methode **Toussaint - Langenscheidt**

ermöglicht es jedem, durch anregenden Selbstunterricht Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Schwedisch, Spanisch, Ungarisch, Altgriechisch, Lateinisch, Hebräisch bis zur vollständigen Beherrschung der Sprache in Wort und Schrift ohne Lehrer zu erlernen.
Das wissenschaftliche Studium des genau geregelten Arbeitspensums wird Ihnen zum täglichen Gemut, denn von der ersten Lektion an fühlen Sie sich mitten hinein versetzt in das Leben des fremden Landes und seiner Bewohner. Sie lernen seine Literatur kennen, seine Geschichte und Tradition, Sie bereichern Ihre allg. Kenntnisse ungemein.
Probekosten kostenlos und portofrei ohne irgendwelche Verbindlichkeiten. — Überlegen Sie aber nicht lange, sondern schreiben Sie heute noch.

erhalten einen Einblick in die Einrichtungen des fremden Staates und seine besond. Verhältnisse. Sehr bald werden Sie empfinden, daß diese tagl. geistige Gymnastik Ihre Spannkraft erhöht. Sie gewinnen Freude an Ihrem Beruf und eine vernehme Steigerung Ihrer geschäftlichen Leistungsfähigkeit. Sie können un-
sere Unterrichts ohne irgendwelche Kosten kennenlernen.
— Senden Sie uns den nebenstehenden Abschnitz ausgefüllt (als Druck-
sache mit 5 Pfennig frankiert) ein. Sie erhalten dann sofort eine
ich ersuche
un
Zuschung
der im
„Heimatdienst“
angebotenen
Probekosten der
Sprache, kostenlos, portofrei und unverbindlich.

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung
(Prof. G. Langenscheidt) G. m. b. H., Berlin-Schlüterberg
Bestell-Nr. 864
On u. Str.

Name: _____

Länder aus Politik und Wirtschaft

Graphisch-statistische Darstellungen

in Diapositiven je 1,25 Mark, in Abzügen auf Kunstdruckkarton (Postkartengröße; nur wo durch * gekennzeichnet, größeres Format) je 0,30 Mark. — Bei Bezug größerer Mengen Rabatt!

Vorzügliches und wohlfeiles Anschauungsmaterial zur staatsbürgerlichen und wirtschaftskundlichen Belehrung

Internationale Industrie- und Wirtschaftsfragen.

Deutschlands Erzeugung und Außenhandel von Kleben und Stäben	14
Die deutsche Filmindustrie	5
Der Siegeszug des Autos in Deutschland	21
Der Fabrikstrom	26
Die Energiewirtschaft der Welt	45
Die Wasserkraft der Welt	116
Die Eisen- und Stahlzeugung Deutschlands 1925	118
Deutschlands Kalfaserförderung	122
Die deutschen Kalfaserwerke	125
Verringerte Zahl der Hochöfen — erhöhte Leistungsfähigkeit	139
Der Aufschwung der Nautisindustrie	152
Der Mastbaum	180
Wo wird Ruhrkohle verbraucht?	187
Bergmännern	199
Die größten deutschen Wirtschaftszweige	206
Deutschlands Baumwollindustrie	179
Die Entwicklung der gewerblichen Betriebe in Deutschland	229
Ein Welthandelsindex (Wohlgefühlsindex)	230
Entwicklung der deutschen Bankwirtschaft	231
Die Biererzeugung der Welt im Jahre 1925	253
Die Brauereibetriebe	257
Der deutsche Kalfaserbau	268
Die Verflüssigung der Kalfaser	272
Verteilung d. Kalfaserzeugung u. d. Endhall	300
Die Eisenerzeugung der Welt	313
Die Kraftstoffe der Weltwirtschaft	325
Die Abnahme der Halbbaldbestände im Ruhrgebiet	338
Die Steinkohlerzeugung der Welt	333
Die Hauptländer der deutschen Textilindustrie	348
Die deutsche Kalfaserindustrie	357
Die Braunkohlerzeugung d. Welt im Jahre 1925	351
Ein-u. Ausfuhr v. Kraftfahrzeugen u. Motoren	359
Deutschlands Papier- und Papierenanfuhr	368
Aluminium	368
Das deutsche Erdölgebiet	370
Der deutsche Bergbau	401
Die internationale Wertschöpfung	4
Wo wird das Gold der Welt gewonnen?	31
Wo bleibt das Gold der Welt?	32
Der Soly-Star	46
Rußlands Wiedererzählung u. Welthandelsfaktor	86
Die lateinische Münzunion	86
Wie sind die in der Welt geförderte Kohle verwendet?	88
Petroseumproduktion 1912—1925	89
Die Gummiproduktion der Welt	109
Wie teuer ist jetzt das Getreide in der Welt?	160
Der internationale Geldumlauf	195
Die Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft	169
Die Entwertung der Frankenscheine	234
Die Hauptstellen an der Rohstoffe-Verwertung	262
Die Elektrizitätswirtschaft der Welt	263
Die Seidenerei Nordamerikas	285
Schafe und Wolle	285
Die größten Industrieerzeugnisse der Welt	290
Das Ende des englischen Kohlenverkehrs	374

Wirtschaftslage Deutschlands.

Konkurrenz und Geschäftsaussichten 1925	23
Deutschlands Selbstverbrauch — ein Wahlstandardsommer	63
Handelsbilanzielle Eintragungen und Leistungen	66
Die Verwertung des deutschen Produktionsertrages	72
Die Aufklärung des Produktions- und Vertriebsapparates seit dem Kriege	75

Konkurrenz und Geschäftsaussichten 1925	95
Die deutschen Messen	105
Der Wechselkurs in Deutschland	100
Die Reichsbank	226
Deutschlands Wirtschaftslage im Jahre 1926	10
Wie sehen die Steuereinnahmen des Reiches aus?	18
Wie hoch wird unser Volkvermögen geschätzt?	16
Das deutsche Volkseinkommen	28
Was kostet der Reichstag?	136
Gesamteinnahmen des Reichstags 1926	142
Nettoeinnahmen u. Ausgaben im Reichstag 1926	143
Gesamtausgaben des Reichstags 1926	144
Personalstand im Reichstag 1926	147
Steuereinnahmen des Reichs	212
Die Reichsverschuldung	214
Die Steuereinnahmen der Städte	335
Deutschlands Außenhandelsbilanz 1912 und 1924	32
Deutschlands Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion	83
Deutschlands Außenhandel 1925	103
Der Außenhandel 1912—1925	103
Der deutsch-russische Außenhandel	174
Lübeks Seehandel seit 1881	209
Wie hoch ist d. Warenverkehr zwischen Deutschland?	211
Der deutsch-polnische Zollkrieg und seine Wirkung auf die polnische Kohlauffuhr	233
Die Frage kommen die Segmente nach Deutschland?	241
Argentinienbelegung für den deutschen Handel	254
Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 1925 und 1926	273
Der Seeschiffverkehr der Hauptländer Europas	287
Deutschlands Außenhandel mit Steinkohlen und Holz	297
Die Handelsblößen der wichtigsten Länder der Welt im Jahre 1923	292
Ein- u. Ausfuhr im Weltumlauf	325
Der deutsche Spielwarenhandel	399
Notenumlauf und Deckung bei der Reichsbank	3
Kreditverteilung in Deutschland 1913 und 1925	62
Gesamtstruktur der Reichsbank	57
Wechsel- und Lombardanlagen der Reichsbank	68
Goldbestand und Notenumlauf der Reichsbank	69
Der Zahlungsmittelumlauf in Deutschland	111
Die deutschen Notenbanken	112
Die Expansion des Deutschen Volkes vor und nach dem Kriege	127
Der deutsche Großhandels Ende 1925	208
Die internationale Bewegung der Aktiennurse	171
Die deutschen Hypothekendarlehen Ende 1925	172
Zentrale deutschen Sparbanken 1926	278
Die Arbeitslosigkeit seit 1923	246
„Die Arbeitslosigkeit i. d. deutschen Großstädten“	184
Die Arbeitslosigkeit in der Welt	278
Der Rückgang der Erwerbslosen 1926	318

Ernährung und Landwirtschaft.

Deutsche und amerikanische Weizen- und Roggenpreise 1925	2
Wo sind die Lebensmittel am billigsten?	35
Verbrauch von Fleisch in Deutschland	39
Deutschlands Uberschuß- und Zuschußgebiete an Brotgetreide	40
Die Preisereiner (Brotbacken u. Verarbeiten)	56
Wahr kommt der Zucker?	71
Deutschlands Kolonialwarenbedarf	73
Die deutsche Brotgetreide-Ernte 1925	91
Was wird aus der Roggengetreide?	92
Vom Nutzen des Roggenbrotes	93
Die Weltgetreideernte 1925	97
Was kostet die Weizenfuhr?	98
Lebensmittelländer wichtiger Länder	129
Die Weltmolkereiprodukte am Ausland gesandt wird	134
Der Fleischverbrauch in Deutschland	179

Ein billiges u. wertvolles Nahrungsmittel (Milch)	109
Was bezeichnen wir als unedlichen Gütern?	211
Was wie essen und trinken im Laufe des Jahres	215
Die Bestandteile der Milch	242
Deutschlands Gefrierfleisch-Einfuhr und -Verbrauch	275
Die Witterung	280
Die Kartoffelwelt der Welt (1925)	304
Die deutsche Getreidelernte 1926	333
Deutschlands Uberschuß- und Zuschußgebiete für Kartoffeln	366
Olldandstrassen	80
Die Düngemittel der deutschen Landwirtschaft	102
Unser Viehstand einst und jetzt	135
Die größten Viehzüchter der Welt	140
Die landwirtschaftl. Anbauflächen i. Deutschland	145
Die Fruchtfolge der deutschen Landwirtschaft	286
Der Rückgang der Reinerträge der Landwirtschaft in den Jahren 1912—1914, 1923/24	279
Steigerung der Milchproduktion	493
Die deutsche Roggenkultur	384
Die landwirtschaftliche Siedlung in Preußen	404
Was der Deutsche an Alkohol verbraucht	74
Was trinkt der Deutsche?	107
Der Kaffeeverbrauch der Welt	70
Wieviel Kaffee wird in Deutschland verbraucht?	113
Schokolade, die nach Deutschland kommen	353
Die Kakao- und Schokoladenindustrie der Welt	353
Der Brauwirtschaft in Deutschland	390

Verkehr.

Ein Jahr Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft	34
Interessante von der Reichsbahn	35
Das deutsche Rundfunknetz	37
Der Weltluftverkehr zwischen Ost und West	115
Deutsche im Weltumlauf	129
Der Rundfunk in der Welt	150
Moderne Großstadtverkehre	151
Schemata einer Bibliographie-Anlage	182
Gefahren des Großstadtverkehrs	192
Der deutsche Auslandsverkehr	197
Der deutsche Flugverkehr	198
Die Reichsbahn-Gesellschaft nach dem ersten Geschäftsjahr	219
Die Fernverkehrsverbindungen m. fremden Ländern	240
Statistisches von der Reichsbahn	247
*Güterbeförderung auf den deutschen Binnenwasserstraßen	256
Eisenbahnfälle	291
Der Güterverkehr am Rhein 1913 und 1925	271
Geplante Autostraßen durch Deutschland	306
Schwabacher	325
Die Aufhebung der Handelskammern in der Welt	354
Der Personverkehr in Deutschland	354
Der Automobilbestand der Welt	382
Die Bedeutung der Kanäle	383
Die Reichspost 1925/26	368
Die deutschen Schiffahrtslinien	52
Opfer, die die Meer fressen	116
Die größten Schiffahrtsunternehmen der Welt	116
Die Verbringung der Kohle im modernen Schiffahrtsverkehr	143
Weltluftverkehr	143
Deutsche Handelsflotte	148
Die wichtigsten Weibinnen und ihre Entwertung	191
Von Hamburg	238
Die wichtigsten deutschen Schiffen	239
Die Weltflotte 1925	249
Die Entwicklung der Motorflotte	246
Das Alter der deutschen Handelsflotte	303
Der Verkehr in den Weltkanälen	320
Rahnerkorde unserer Zeitgenossen	325
Nir deutsche Fluglinie	43
*Flughafenverbindungen mit Berlin	59
Deutscher Flugzeugbau	152
Streckennetze der deutschen Luftlinie	156

Die Darstellungen sind zur Verwendung in Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen Veröffentlichungen auch als Matrern lieferbar nach Preise von je 3.— Mark (in größeren Mengen mit Rabatt)

Deutscher Lichtbild-Dienst G. m. b. H.

Berlin W 35 Poisdamer Str. 41